



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

Bürger*innenbrief

23. April 2024

1. Mai-Aufrufe +++ Ungehaltene Reden. Armutsrisiko in Hamburg +++ Bezahlbarer Wohnraum? +++ Evaluation der Schulbegleitungen +++ 7-Punkte-Plan für eine Bahn für Alle +++ Zur Europawahl +++ Performative Übernahme des Elbtowers +++ 25 Jahre RLS +++ Hamburg wählt +++ Kulturipp: Karl Kraus



Frühjahrsoffensive der Bürgerschaftsfraktion auf Hamburgs Straßen (Fotos: M. Joho)

Liebe Leserinnen und Leser,

am 9. Juni stehen die Neuwahlen zum Europäischen Parlament und zu Hamburgs sieben Bezirksversammlungen an. Wie üblich machen sich diese Zäsuren des parlamentarisch-demokratischen Lebens im Vorfeld auch auf den Straßen bemerkbar: durch eine Flut von Plakaten aller Couleur. Vorwahlzeiten sind sicher in besonderem Maße dazu angetan, den Kampf um die Köpfe zu führen und den einen oder die andere zu einem Blickwechsel zu veranlassen. Und Plakate fallen ins Auge.

Deswegen hat sich auch die Linksfraktion entschieden, mit einer ganzen Anzahl davon an die Öffentlichkeit zu gehen

und darüber auf anstehende Veranstaltungen hinzuweisen. Aber eben auch, um mit den Themen linke Akzente zu setzen und Flagge zu zeigen. Also Augen auf! Darum bitten wir alle Leser*innen des »Bürgerbriefes« in den kommenden Wochen vermehrt: Vergleiche die Schwerpunkte, achtet auf die Slo-gans und stellt die Frage, wem das nutzt.

Und was die tatsächlichen Schwerpunkte und Konfliktfelder derzeit in unserer Stadt sind, da kommen wir kaum hinterher, alle sich häufenden Mängel und Fehlentwicklungen zu attackieren: den Teilverkauf der HHLA, die anhaltende Miet-tenexplosion und der rückläufige Sozialwohnungsbestand,

die gedeckelte Aufklärung im Cum-Ex-Skandal, die Streichung von 800 Arbeitsgelegenheiten und die Schließung mehrerer Sozialkaufhäuser, die wachsende Zahl der Wohnungs- und Obdachlosen ... Und dann noch die Bundesebene, auweia: der famose Verkehrsminister Volker Wissing (FDP), der die Klimaziele mit dem Gaspedal aushebelt; Justizminister Marco Buschmann (FDP), der jede kleinste, im Koalitionsvertrag vereinbarte Mietrechtsreform aussitzt; die Wohnungsbauministerin Klara Geywitz (SPD), die ihre Ziele quasi monatlich zurückschraubt; und dann solche Held*innen wie Anton Hofreiter (GRÜNE) und Agnes Strack-Zimmermann (FDP), die sich in der Forderung nach weiterer Aufrüstung und immer massiveren Waffen für die Ukraine förmlich überschlagen, vom Herbeisehnen und Weichenstellen für eine neue »Kriegstüchtigkeit« und dem soeben beschlossenen »Veteranentag« eines

Boris Pistorius (SPD) mal ganz zu schweigen. Wie wäre es damit, »friedenstüchtig« zu sein, wie Heribert Prantl kürzlich einforderte?!¹

Wenn's DIE LINKE nicht schon gäbe, müsste sie schlicht erfunden werden. Wenn diese LINKE nur in die Hufe käme und sich selbst besser aufstellen würde, dann sähe die Zukunft vielleicht etwas heller aus. Nun denn, wir bleiben dran.

Heike Sudmann und Sabine Boeddinghaus
Hanno Plass und Michael Joho

¹ Der Autor und SZ-Kolumnist Heribert Prantl im ZDF am 17.4.2024; www.zdf.de/nachrichten/zdf-morgenmagazin/literatur-buch-auteur-prantl-kriegstuechtig-100.html.



Leider schon gelaufen, bleibt aber alles weiterhin aktuell

Heraus zum 1. Mai!

Wie immer rufen wir am 1. Mai auf, an den Veranstaltungen der Hamburger Gewerkschaften teilzunehmen. Seit Jahren gibt es aber einige Stunden später auch eine Demonstration der Initiative »Wer hat, der gibt!«. Wir nehmen hier beide Aufrufe auf und würden uns freuen, einander am 1. Mai auf der Straße zu treffen, hier oder da.

1. Mai-Aufruf des DGB 2024: »Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit«



Unsere Antwort heißt Solidarität!

Wir Gewerkschaften sorgen dafür, dass sich die Menschen den vielen Umbrüchen unserer Zeit nicht schutzlos ausgeliefert fühlen müssen. Gemeinsam mit 5,7 Millionen Gewerkschafter*innen im DGB kämpfen wir jeden Tag für die Rechte der Beschäftigten. Dass sich im vergangenen Jahr 437.000 neue Kolleg*innen unserem Kampf angeschlossen haben, gibt uns Rückenwind – gerade, wenn wieder unsägliche Rufe nach einem neuen Streikrecht laut werden. Unsere Antwort heißt Solidarität. Nur so lassen sich Arbeitsrechte erkämpfen.

Tarifwende jetzt!

Immer mehr Arbeitgeber stehlen sich aus ihrer sozialen Verantwortung. Deshalb brauchen wir jetzt eine Tarifwende. Gemeinsam machen wir uns für eine höhere Tarifbindung stark. Denn sie bringt viele Vorteile – mehr Geld, bessere Arbeitsbedingungen, sichere Zukunftsaussichten, mehr Lebensqualität. Mit Tarifvertrag ist einfach mehr drin: Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit.

Mehr Sicherheit durch einen gerechten Wandel!

Wirtschaft, Gesellschaft und Arbeitswelt werden klimaneutral und digital. Unsere Aufgabe ist es, den Wandel sozial gerecht zu gestalten. Dafür brauchen wir mehr Mitbestimmung, denn Transformation gelingt nicht ohne die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften. Wir sorgen dafür, dass den Beschäftigten neue Perspektiven eröffnet werden: durch Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung. Wir passen auf, dass die Lasten gerecht verteilt werden. Wir machen aus technischem Wandel sozialen Fortschritt.

Mehr Sicherheit durch einen aktiven Staat!

Der Staat muss endlich wieder handlungsfähig werden. Jeder Euro, der jetzt richtig investiert wird, führt morgen zu mehr Wohlstand. Die Schuldenbremse ist eine Investitionsbremse und muss dringend reformiert werden. Und der Sozialstaat muss verlässlich bleiben. Bei Krankheit, im Alter, bei Arbeitslosigkeit: Beschäftigte brauchen ein starkes Sicherheitsnetz in der Arbeitswelt. Das gilt gerade jetzt.

Gemeinsam für eine starke Demokratie!

Die Lösung für die aktuellen Herausforderungen liegt im Miteinander und nicht in Hass und Spaltung. Wir werden die Demokratie verteidigen – in den Betrieben, an den Werkbänken und Schreibtischen und auf der Straße. Mit den Betriebs- und Personalräten gestalten wir Demokratie vor Ort. Im Wahljahr 2024 kommt es auf uns alle an. Klar ist: Die Rassisten und Rechtspopulisten vertreten nicht die Interessen der Beschäftigten. Gute Löhne, sichere Arbeit, Arbeitnehmerrechte, bezahlbare Wohnungen, gute Bildung und Sicherheit im Alter – von der AfD haben Beschäftigte nichts zu erwarten. Wir sagen: Wählt Zukunft, wählt demokratisch!

Frieden, Freiheit, Demokratie und Wohlstand. Dafür kämpfen wir – am 1. Mai und an jedem anderen Tag im Jahr.

Mit uns ist mehr drin: Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit.

<https://hamburg.dgb.de/veranstaltungen/++co++dca1e040-e1fc-11ee-9987-e9d9f97e2927>

1. Mai-Aufruf der Initiative Wer hat, der gibt! Wir haben die Scheiße so satt.

Während unser Leben immer teurer wird, wird das obere Prozent immer reicher. Steigende Lebensmittelpreise und Mieten auf der einen Seite, wachsende Vermögen und Reichtum auf der anderen. Und eine Politik, die nur über leere Kassen redet, anstatt sich das Geld von den Reichsten der Reichen zu holen. Das obere Prozent lebt in einer Welt, die wir uns nur schwer vorstellen können. Sie fahren teure Autos, feiern exklusive Partys und fliegen mit ihren Privatjets von Hamburg nach Sylt. Allein die reichsten fünf Deutschen besitzen 155 Milliarden US-Dollar.

Durch horrende Parteispenden und Lobbyarbeit beeinflussen Superreiche die Politik und die öffentliche Meinung – und erhalten Steuervorteile, mit denen sie sich ihr Vermögen sichern. Superreiche behaupten, dass Leistung sich auszahlt. Dabei haben 80 der 100 reichsten Deutschen ihr Vermögen geerbt. Während Reichtum und Privilegien in jenen Familien einfach an die nächste Generation weitergegeben werden, bleibt anderen der Aufstieg verwehrt.

Und es sind Superreiche, die maßgeblich dazu beitragen, dass unser Planet leidet. Trotz steigender Hitzerekorde und überschrittener Klimaziele setzen sie – ohne dass die Politik sie zügelt – Profite über den Umweltschutz, fördern Braunkohle und buddeln in der Tiefsee nach seltenen Erden. Sie fliegen munter weiter mit ihren Privatjets um den Globus, kaufen sich unverschämt große Yachten oder leben in Villen, in denen hunderte Menschen wohnen könnten. Ihr CO₂-Ausstoß ist bis zu 200-mal höher als unserer.

Gleichzeitig gibt es eine immense Bedrohung von ganz Rechtsaußen – einer faschistischen Partei, die nach der Macht greift und die Demokratie gefährdet. Die AfD propagiert Abschiebungen, Deportationen und eine rückwärts-gewandte, antifeministische Politik. Eine Erhöhung des Mindestlohns lehnen sie ab und sie leugnen den menschengemachten Klimawandel. Solange Superreiche nicht zur Kasse gebeten werden, stattdessen Handwerker*innen, Friseur*innen, Pflegepersonal, Rentner*innen, Kulturschaffende, Studierende und Auszubildende, Bauern und Bäuerinnen und viele mehr den Gürtel immer enger schnallen müssen, haben es die Rechten leicht, ihre faschistische Propaganda durchzusetzen. Wer das Erstarken der Rechten aufhalten will, muss die sozialen Ungleichheiten in den Blick nehmen und den vielen unserer Gesellschaft endlich wieder eine sichere Perspektive bieten.

Parteien wie die AfD, CDU oder die Ampel sagen uns, dass die Personen, die neben uns stehen, schuld daran sind, dass es uns schlecht geht: angeblich illegale Geflüchtete, faule Arbeitslose und leistungsunwillige Jugendli-



che. Doch wenn wir zur Seite schauen, sehen wir unsere Freund*innen und unsere Nachbar*innen. Wir sehen die, die vor Krieg und Armut geflohen sind und die, denen das System so zugesetzt hat, dass sie keine Hoffnung mehr sehen. Wir sehen die, die nicht arbeiten können oder sich nicht länger unter Wert verkaufen wollen. Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen.

Lasst uns das Geld von denen holen, die es im Überfluss haben, um es denen zu geben, die es brauchen.

Kommt am 1. Mai um 14.30 Uhr zum Dammtor, um mit uns gemeinsam auf die Straße zu gehen. Wir fordern die Umverteilung von Reichtum und zeigen klare Kante gegen Rechts. Wir haben die Scheiße so satt!

Wann & Wo: 1. Mai 2024, 14.30 Uhr, Dammtor
<https://werhatdergibt.org/1-mai-2024/>

Ungehaltene Reden

Die Fraktion DIE LINKE hatte für die Bürgerschaftssitzung am 10. April als Thema der »Aktuellen Stunde« den Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) mit dem Titel »Armutrisiko in Hamburg auf Höchststand = Armutszeugnis für den Senat« angemeldet. Leider wurde der Punkt wegen Zeitablaufs nicht mehr aufgerufen. Nehmen wir die gute Arbeit zum Anlass, eine neue Rubrik im »Bürger*innenbrief« einzurichten: die »Ungehaltene Reden«, die sonst nie das Licht bzw. die Ohren der Öffentlichkeit erreicht hätten. Hier als Einstieg nun die von Sabine Boeddinghaus nicht gehaltene Rede vom 10. April im O-Ton. Den vollständigen Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbandes mitsamt Pressemitteilung gibt es unter www.der-paritaetische.de/armutsbericht.

Armutrisiko in Hamburg auf dem Höchststand

Von Sabine Boeddinghaus

Liebe Hamburger*innen, liebe Kolleg*innen, »die ganze Stadt im Blick« - damit sind Sie, liebe SPD, zur letzten Bürgerschaftswahl 2020 angetreten. Vier Jahre später müssen wir feststellen, dass Sie im Blindflug unterwegs sind und alles andere als die ganze Stadt im Blick haben. Denn die ganze Stadt ist eben mehr als der eigene Vorgarten.

Laut aktuellem Armutsbericht des Paritätischen sind 19,5 Prozent aller Hamburger*innen einkommensarm. Damit hat die Armut in Hamburg nicht nur innerhalb eines Jahres um elf Prozent zugenommen, Hamburg gehört damit erstmals - hinter Bremen und Nordrhein-Westfalen - zu den drei Bundesländern mit den höchsten Armutsrisikoquoten.

Den deutlichsten Anstieg beim Armutsrisiko gibt es bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren: jedes vierte Kind in Hamburg wächst in Armut auf. Bei kinderreichen Familien und Alleinerziehenden liegt das Armutsrisiko in Hamburg bei über 40 Prozent. Mich macht es wirklich fassungslos, dass das einfach nur zur Kenntnis genommen wird. Dieser traurige Rekordwert ist die Bilanz Ihrer Regierung! Ich frag mich wirklich: Wann haben Sie diese Menschen aus dem Blick verloren? Oder haben die nie zu Ihrer Stadt dazugehört?

Armut heißt bei einer Familie mit zwei Kindern weniger als 2.490 Euro netto im Monat. Jede*r von uns weiß, dass man davon keine großen Sprünge - nicht mal Mini-Sprünge machen kann. Umso wichtiger ist eine gute soziale Infrastruktur in den Bezirken. Die wird aber seit Jahren von Ihnen klein gespart. Sei es, wie zuletzt bei den Sozialkaufhäusern, bei der Offenen Kinder- und Jugendarbeit oder den Senior*innen-Treffs. Es kann doch nicht sein, dass in Billstedt ein Senior*innen-Treffpunkt wegen Schimmelbefalls nicht mehr genutzt werden kann? Da wurde wirklich am falschen Ende gespart.

Und auch das Bildungs- und Teilhabepaket, das Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Sport und Kultur ermöglichen soll, erreicht nur einen Bruchteil derer, denen es zusteht. Das liegt ganz sicher nicht am schlanken und niedrigschwelligem Antragsverfahren. Das aktuelle System verlangt von den Kindern und Jugendlichen, dass sie sich zwangsläufig als bedürftig outen müssen. Für die Vereine und Einrichtungen bedeutet es überflüssige Bürokratie und komplizierte Antragsverfahren, die viele allein zeitlich überfordern, weil ihnen dafür die personellen Kapazitäten fehlen. Und am Ende reden wir hier über einen Zuschuss von monatlich 15 Euro.

Als Linksfraktion setzen wir uns deshalb weiterhin für eine KiJu-Karte ein: Unser Konzept würde allen Kindern und Jugendlichen die Teilhabe an Sport, Bildung, Kultur und Musik sowie Mobilität - unabhängig von Herkunft und Familieneinkommen - ermöglichen. Dass das keine Utopie der Hamburger LINKEN ist, zeigt das Bremer Modell. Mit der »Freikarte« können dort alle Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre kostenlos Freizeitangebote nutzen. Ich weiß, was Sie gleich erwidern werden. Sie werden auf den Bund und die Kindergrundsicherung verweisen. Und uns erklären, dass die böse FDP alles blockiert. Ganz ehrlich: Von einer Bundesregierung, die auch aus GRÜNEN, den selbst ernannten Befürworter*innen der Kindergrundsicherung, besteht, und einen sozialdemokratischen Bundeskanzler stellt, erwarte ich wirklich mehr.

Schon jetzt könnten - ohne irgendeine neue Behörde - die Regelsätze im Bürgergeld erhöht werden. Wenn ich Armut bekämpfen, Teilhabe ermöglichen, den sozialen Zusammenhalt stärken und freiwilliges Engagement fördern will, dann muss ich Geld in die Hand nehmen. Sei es im Bund oder in den Quartieren.

Nehmen Sie endlich die ganze Stadt in den Blick!

Der **Paritätische Wohlfahrtsverband** (DPWV) feiert in diesem Jahr übrigens seinen **100. Geburtstag**. Wir sagen ganz herzlichen Glückwunsch! Mehr zur Geschichte des Verbandes und den umfangreichen Festkalender gibt es [hier](#).



Bezahlbarer Wohnraum für mittlere Einkommen – leider nur Augenwischerei des Senats

Von Heike Sudmann

Zum 1. April hat der Senat einen 3. Förderweg im sozialen Wohnungsbau eingeführt, um »auch Haushalte mit mittleren Einkommen mit geförderten Mietwohnungen zu versorgen«. In seiner Pressemitteilung vom 5. April schreibt der Senat weiter: »Investoren, die im Rahmen des 3. Förderwegs bezahlbaren Wohnraum schaffen, profitieren, wie auch im 1. und 2. Förderweg, von zinsgünstigen IFB-Darlehen zu einem Prozent fest für 30 Jahre und einmaligen Baukostenzuschüssen. Die laufenden Zuschüsse betragen zwischen 0,40 Euro pro Quadratmeter und 3,50 Euro pro Quadratmeter, abhängig von der Höhe des Grundstückswertes und der Größe des Bauvorhabens. Der Bindungszeitraum für die Sozialwohnungen beträgt 30 Jahre. (...) Die anfängliche Netto-Kaltmiete beträgt im 3. Förderweg 12,10 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche mit einer zulässigen Mieterhöhung alle zwei Jahre um 0,20 €/m². Um zum Beispiel als alleinstehende Person Anspruch auf eine Wohnung aus dem 3. Förderweg zu haben, darf ein Netto-Jahreseinkommen von 28.800 Euro nicht überschritten werden, rund 42.000 Euro brutto. Bei einer dreiköpfigen Familie liegt die Einkommensgrenze bei 55.440 Euro, rund 80.000 Euro brutto. Die Zahl der in Hamburg anspruchsberechtigten Haushalte steigt damit auf rund 650.000.«

Mehr geförderte Wohnungen - ist das nicht linke Politik? So leider nicht!

Öffentlich geförderte Wohnungen für einen Großteil der Bevölkerung – ist das nicht linke Politik? Im Prinzip ja, nur genau das ist in Hamburg nicht geplant. Die neue Förderung soll hauptsächlich aus nicht ausgeschöpften Mitteln der schon vorhandenen Förderwege finanziert werden. Dabei reichten diese Mittel noch nicht mal rechnerisch aus, um die jährlich aus der Bindung fallenden Wohnungen zu ersetzen. Zum besseren Verständnis des Problems hier Zahlen zu Anspruchsberechtigten und zur Verfügung stehenden Wohnraum:

320.000 günstige Wohnungen und 600.000 berechtigte Haushalte – finde den Fehler

Bisher sind aufgrund ihres geringen Einkommens knapp 600.000 Haushalte berechtigt, eine öffentlich geförderte Wohnung im 1. Förderweg (aktuelle Anfangsmiete 7,10 €/qm nettokalt) oder im 2. Förderweg (9,20 €/qm nettokalt) zu beziehen. Das Angebot solcher Wohnungsmieten ist jedoch drastisch gering: Der Bestand öffentlich geförderter Wohnungen liegt aktuell bei knapp 80.000. Andere Wohnungen mit Mieten unter 7,10 € oder unter 9,20 € gibt es vor allem bei der SAGA und den Genossenschaften. Selbst wenn alle ca. 240.000 nicht geförderte Wohnungen der SAGA und der Genossenschaften zu den 80.000 öffentlich geförderten Wohnungen addiert werden, fehlen fast 200.000 Wohnungen mit Mieten, die dem 1. oder 2. Förderweg entsprechen.

Mit dem Bau von Wohnungen im 3. Förderweg soll jetzt begonnen werden, in zwei bis drei Jahren könnten sie fertiggestellt sein. Die nach den Senatsangaben berechtigten 60.000 bis 70.000 Haushalte dürfen nicht darauf hoffen, dass sie alle dann eine Wohnung bekommen. Das zeigt diese Erfahrung: Seit 2011 gibt es den 2. Förderweg, gebaut wurden hier bis Ende 2022 insgesamt 2.900 Wohnungen. Es ist weder anzunehmen noch realistisch, dass es bei dem 3. Förderweg schneller geht.

3. Förderweg - nur ein billiger Wahlkampfschlager

Der 3. Förderweg ist unter diesen Bedingungen nichts als ein billiger Wahlkampfschlager von SPD und Grünen. Er trägt nicht dazu bei, Mieten bezahlbarer zu machen. Dafür weckt er die unberechtigte Hoffnung, dass Menschen mit mittlerem Einkommen bald weniger Probleme auf dem Wohnungsmarkt haben.



Aber was tun?

Solange Vermieter*innen ordentliche Profite aus den Mieten ziehen können, hilft kein Rumdoktern am System. Wohnungen müssen dem Markt entzogen werden. Ein Weg ist die Enteignung der profitorientierten Vermieter*innen, wie sie die erfolgreiche Volksinitiative in Berlin für alle Unternehmen mit mehr als 3.000 Wohnungen gefordert hat. Bei der in Hamburg im ersten Schritt erfolgreiche »Volksinitiative Hamburg enteignet« liegt diese Grenze bei 500 Wohnungen. Doch eine Umsetzung dieser Volksinis ist noch in weiter Ferne. Deshalb braucht es Zwischenschritte. Ein Mietestopp bei der SAGA, verbunden mit leichten Mietsenkungen, ist für das städtische Wohnungsunternehmen mit alljährlich mehr als 200 Millionen Euro Überschuss verkraftbar – und wirkt sich positiv auf den Mietenspiegel aus. Noch effektiver ist ein Mietendeckel nach Berliner Vorbild mit den drei Elementen Mietestopp, Mietobergrenze und Verbot überhöhter Mieten. Damit werden die Mieten nicht nur gedeckelt, sondern auch gesenkt. Für die notwendige gesetzliche Regelung muss der Hamburger Senat, müssen wir alle kämpfen!

**Mieten
deckeln.
Sozial und
ökologisch
bauen.
Wohnraum
vergesell-
schaften.**

Die Linke




LAG Stadtentwicklung
und Wohnen
Hamburg

Mach mit!

Die Landesarbeitsgemeinschaft Stadtentwicklung und Wohnen ist ein Zusammenschluss, in dem Mitglieder und Mitstreiter:innen von Die Linke Hamburg organisiert sind. Wir sind kein interner Kreis von Fachleuten, sondern offen für alle Interessierten innerhalb und außerhalb unserer Partei.

Wir tauschen uns über stadtentwicklungs- und wohnungspolitische Themen aus, bilden uns für die politische Auseinandersetzung weiter, beteiligen uns an der programmatischen Entwicklung unseres Landesverbands (z.B. bei der Erarbeitung von Wahlprogrammen), laden kompetente Referent:innen ein, sprechen mit Aktiven aus Bewegungen, unterstützen Kämpfe und gehen auch mit eigenen Aktionen auf die Straße.

Wir treffen uns in der Regel am 1. Freitag im Monat von 16 bis 18 Uhr. Für mehr Infos folge uns in den Sozialen Medien oder schreibe uns eine E-Mail an: ag-stadtentwicklung@die-linke-hamburg.de

 t.me/LAG_StuWo
 twitter.com/LAG_StuWo
 facebook.com/lag.stuwo
 instagram.com/lag_stuwo

Die Landesarbeitsgemeinschaft Stadtentwicklung und Wohnen der Hamburger LINKEN lädt ein zum Mitmachen

Aus dem parlamentarischen Alltag:

Hamburgs Mieter*innen brauchen mehr Informationen und Unterstützung!

Nachdem wir uns in den vergangenen Monaten mit dem Thema Kommunale Mieter*innenberatung beschäftigt haben – nicht zuletzt flankiert durch einen Besuch bei unseren Berliner Kollegen (siehe den Bericht im letzten »Bürger*innenbrief«) –, sind wir nun entschieden, am 15. Mai einen Antrag zur Einführung einer bezirklichen Mieter*innenberatung in die Bürgerschaft einzubringen. Damit sich hiermit nicht nur die anderen Fraktionen beschäftigen, sondern auch die geneigten BB-Leser*innen die Chance haben, sich rechtzeitig ein Bild zu machen, nehmen wir unseren Antrag hier einfach schon mal auf. Und wer die **Debatte im Hamburger Parlament** dazu verfolgen möchte, merkt sich den Termin **15. Mai, ab 13.30 Uhr**, schon mal vor, denn dann lässt sich die Bürgerschaftssitzung per Livestream verfolgen unter www.hamburgische-buergerschaft.de/buergerschaft-live/ oder am Nachmittag drauf in der Mediathek ansehen.

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Betr.: Einführung bezirklicher Mieter*innenberatungen

Der angespannte Wohnungsmarkt in Hamburg erfordert neben den nötigen Maßnahmen für den Wohnungsbau auch einen besonderen Schutz der Mieter*innen.

Zwischen 1993 und 2006 gab es in Hamburg bei der für das Wohnen zuständigen Fachbehörde bereits ein sogenanntes Mietertelefon. »Dieses bot Auskünfte und Beratung zu verschiedenen Themen im Bereich Mieten und Wohnen, wie allgemeines Mietrecht, Mietenspiegel und Mietpreisüberhöhung, Zweckentfremdungsrecht und Fehlbelegungsabgabe«, so der Senat auf eine Schriftliche Kleine Anfrage am 20. Februar 2024 (Drs. 22/14393). »Aufgrund der Neutralitätspflicht der öffentlichen Verwaltung erfolgte jedoch keine Rechtsberatung im Einzelfall.« Dieses städtische Serviceangebot wurde zum 1. August 2006 – zu Zeiten der CDU-Alleinregierung – eingestellt. Seitdem verweist die Fachbehörde an die Öffentliche Rechtsauskunft und die verschiedenen Mieter*innenvereine.

Doch diese Möglichkeiten ersetzen keine städtische Anlaufstelle(n), wie der Senat in seiner o. a. Antwort zugesteht: »Ein mieterrechtlicher Beratungsbedarf in diesem Sinn kann z.B. bejaht werden zur Überprüfung der Betriebskostenabrechnung, zur Unterstützung bei Mietmängeln (z.B. Schimmel), bei Kündigungen, bei Mieterhöhungen, bei Modernisierungsankündigungen nach § 555c Bürgerliches Gesetzbuch (BGB), bei Verdacht auf Mietwucher, zur Beratung über den Umfang von Renovierungsleistungen, bei Forderungen von Schadenersatz durch die Vermieterin bzw. den Vermieter, bei Fragen rund um die Mietkaution etc.«

Mit der (Wieder-)Einführung einer solchen kommunalen Mieter*innenberatung stände Hamburg keineswegs alleine da. Anfang April hat beispielsweise die Hansestadt Lübeck unter Führung von SPD und »Freien Wählern« die Einrichtung einer städtischen Beratungsstelle beschlossen, um »Mieter proaktiv zu schützen und ihnen das rechtliche Rüstzeug an die Hand zu geben, um auch Spekulationen den Wind aus den Segeln zu nehmen« (<https://www.hl-live.de/text.php?id=165182>). Entsprechendes hat Berlin be-

reits 2018 in allen zwölf Bezirken im Rahmen des »Bündnisses für Wohnungsneubau und Mieterberatung« realisiert. »Alle Berliner Bezirke haben offene Mieterberatungen, die alle Mieterinnen und Mieter des Bezirks kostenlos nutzen können«, heißt es auf der Homepage der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen. »Für Mieterinnen und Mieter, die Fragen zum Mietvertrag, zur Mieterhöhung, zur Modernisierung und zum Kündigungsschutz haben, stehen Mietrechtsexperten bereit. Eine Rechtsvertretung vor Gericht ist allerdings ausgeschlossen« (www.berlin.de/sen/wohnen/service/serviceadressen/mieterberatungen-in-den-bezirken/). Die amtierende Senatskoalition aus SPD und CDU hat im »Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2024/2025« (Einzelplan 12 Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, Seite 109) für beide Jahre jeweils Ausgaben in Höhe von 1.560.000 Euro und Verpflichtungsermächtigungen von ebenfalls 1.560.000 Euro »für die Beauftragung bezirklicher Beratungen für Mietende« veranschlagt (www.parlament-berlin.de/adosservice/19/Haupt/vorgang/h19-1100-v_Band12_2024_2025_Ep%2012.pdf).

Die Bürgerschaft möge vor diesem Hintergrund beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

- 1 eine städtische Mieter*innenberatung in allen sieben Bezirken zum 1. Januar 2025 einzuführen,
- 2 zur Vorbereitung und Realisierung entsprechender Angebote die Kooperation mit den Mieter*innenvereinen zu suchen und vertraglich abzusichern,
- 3 in den bevorstehenden Entwurf für den Doppelhaushalt 2025/2026 die Produktgruppe Kommunale Mieter*innenberatung auf bezirklicher Ebene aufzunehmen und auskömmlich auszustatten,
- 4 der Hamburgischen Bürgerschaft bis zum 30. September 2024 Bericht zu erstatten über den bis dahin erreichten Umsetzungsstand.

Evaluation der Schulbegleitungen

Bericht unserer Veranstaltung vom 2. April

Von Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass

Ein deutliches Interesse war wahrnehmbar, als wir direkt nach den Märzferien zu einer Diskussion über den Stand der Schulbegleitungen eingeladen hatte: Evaluation der Schulbegleitung – Inklusion auf der Kippe«, so der Veranstaltungstitel. Doch leider fehlte der aktuelle Gesprächsgegenstand: der Abschlussbericht der Evaluation der Schulbegleitungen, angekündigt zum Ende des Jahres 2023. Dieser »liegt der für Bildung zuständigen Behörde noch nicht vor«, wie es in einer Senatsantwort hieß.¹ Doch Pit Katzer, Mitglied des Bündnisses Schulische Inklusion, und Andreas Krüger, Schulbegleiter an der Erich-Kästner-Schule, konnten dennoch über die Lage in der Schulbegleitung sprechen. Denn diese ist »dramatisch schlecht«, wie »Die Welt« online am 21. Dezember 2023 titelte.² Zeugnis von der Lage legten die Beiträge von Eltern, Schulbegleiter*innen und Lehrkräften in der öffentlichen Anhörung des Schulausschusses zur Schulbegleitung im September 2022 ab.³ Seitdem hat sich die Lage hinsichtlich der Schulbegleitungen nicht verändert, was faktisch eine Verschlechterung bedeutet, da es große Handlungsbedarfe gibt. Katzer unterstrich, dass das Modell der Schulbegleitungen in Hamburg im Kern ein Sparprogramm sei, bei dem kurioserweise die Behörde, die das Geld zur Verfügung stelle (die Behörde für Schule und Berufsbildung) auch die Behörde sei, durch die die Förderbedarfe festgelegt würden. Krüger betonte, dass sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in der Schulbegleitung der Kern sein müssten, um dieses Instrument überhaupt sinnvoll einsetzbar zu machen. Dabei gelte es zu bedenken, dass das Maximum nur 33 Stunden »Arbeit am Kind« in der Woche sein könnte, da mehr nicht leistbar wäre. Doch die Bezahlung müsse zum Leben reichen. Krüger betonte die behördliche Fehlkonstruktion, denn dort werde jede bewilligte Stelle automatisch als besetzt angesehen. Die Katze beiße sich aber so in den Schwanz: die Behörde bewillige Geld, die Schulen schrieben aus bzw. Träger an und diese fänden keine Mitarbeiter*innen.

Krüger und andere Diskussionsteilnehmer*innen konnten von den vielfältigen positiven Erfahrungen mit dem Projekt der Pool-Lösungen berichten. Dabei seien die Schulbegleitungen an der Erich-Kästner-Schule selbstverwaltet. Nicht nur sei es möglich gewesen, die Schulbegleitung durchgängiger und stabiler aufzustellen, sondern kontinuierlich auch eine Versorgung der Schüler*innen sicherzustellen. Zudem sei die systematische Vereinzeln der Schulbegleitungen, die zwischen Baum und Borke in den Klassengemeinschaften säßen, aufgehoben worden. Durch das Poolprojekt sei es gelungen,

¹ 22/14664 SKA: Evaluationsbericht Schulbegleitungen: Verzögerungen Kalkül oder Chaos? (Nachfrage zu Drs. 22/14298) (buergerschaft-hh.de).

² Inklusion an Schulen: »Die Lage ist dramatisch schlecht«, WELT, www.welt.de/regionales/hamburg/article249059152/Inklusion-an-Schulen-Die-Lage-ist-dramatisch-schlecht.html.

³ wortprotokoll_der_oeffentlichen_sitzung_des_schulausschusses.pdf (buergerschaft-hh.de).



Auf der Veranstaltung zum Thema Schulbegleitungen, die Podiumsteilnehmer*innen (v.l.): Pit Katzer, Sabine Boeddinghaus und Andreas Krüger (Foto: Hanno Plass)

die Schulbegleitungen in die Schulgemeinschaft zu integrieren, was u.a. auch zu einer Minderung der Fluktuation unter den Schulbegleitungskräften geführt habe.

Die Mängel des jetzigen Systems der Schulbegleitungen wurden in der Diskussion unter verschiedenen Gesichtspunkten vorgebracht. Dass rund die Hälfte der Schulbegleitungen mit FSJler*innen und Bundesfreiwilligendienstleistenden besetzt seien, würde die wichtige Bindungsarbeit zwischen Schüler*in und Schulbegleitung strukturell verhindern, da die jungen Menschen nach maximal 18 Monaten wieder fort seien und sowieso durch den internen Aufbau des Freiwilligendienstes oftmals nicht zur Verfügung stünden.

Bestätigt wurden die positiven Erfahrungen an den staatlichen Schulen durch eine Teilnehmerin, die als Schulbegleitung an einer privaten Schule in Hamburg arbeitet. Sie betonte die größere Einbindung der Schulbegleitungen in die Schule, den bedarfsorientierten Einsatz sowie die Abdeckung der benötigten Unterstützungszeiten. Dabei seien dort die Schulbegleitungen direkt an der Schule angestellt und dadurch langfristig gebunden. Dieses Modell wurde durchweg als positiv für die praktische Organisation der Schulbegleitung angesehen und auch für die staatlichen Schulen gewünscht.

Doch es wurde in Erinnerung gerufen, dass das Poolmodell an den staatlichen Schulen in seinem Stundenumfang gedeckelt gewesen sei. Es seien aber immer mehr und größere Bedarfe angemeldet gewesen, ein Grund für die Schulbehörde, das Modell zu beenden. Die generelle Tendenz, von Integration bis zur Inklusion, auf Sparmodelle statt auf sinnvolle und gut ausgestattete Modelle im Interesse der Kinder und Jugendlichen zu setzen, wurde kritisiert.

Zudem gehörten auch Mitbestimmung über den Arbeitsplatz, der für Schulbegleitungen bisher in den Schulen feh-

len würde, gute Arbeitsbedingungen und Tarifierungen der Arbeit zu Bausteinen zu einem tragfähigen Konzept. Tarifentsprechende Bezahlung sei aber immerhin in der aktuellen Rahmenvereinbarung festgehalten.⁴ In der Praxis fehlten nicht nur Schulbegleitungen, sondern es würden auch die mit der »Volksinitiative Gute Inklusion« vereinbarten Doppelbesetzungen in Klassen aufgelöst, um Unterricht zu vertreten. Ein Teufelskreis, denn wer entscheidet, was vorrangiger ist: Betreuung, (Fach-)Unterricht oder spezielle Förderung? Es seien alle Taschen leer und zugleich würde für jeden Faden Ressource von allen Seiten am Stoff gezogen. Solch ein Mangel lasse die Inklusion sehenden Auges scheitern. Dabei würde für die Verwaltung des Mangels ein großer bürokratischer Aufwand betrieben. Für sinnvoll wurde angesehen, alle Schulbegleitung an den Bedürfnissen und Bedarfen der Kinder zu orientieren, nicht nur in einer Ressourcenzuweisung, sondern auch in der gesamten Organisation dieses Unterstützungsmodells.



Betont wurde, dass durch das Poolmodell die Einbindung der Schulbegleitungen in das Dreieck von Schule/Klassenleitungen, Kindern und Familien und ReBBZ/Behörde möglich werde. Absprachen und Übergaben müssten, weil sie einen wichtigen Bestandteil der Arbeit ausmachten, auch mit Arbeitszeit hinterlegt werden. Die dahingehende Unterfinanzierung der Schulbegleitungen müsse dringend verändert werden.

Neben den praktischen, alltäglichen Problemen wurde das Bewilligungsverfahren für Schulbegleitungen deutlich kritisiert, durch das die Unsicherheit über die Bewilligung bei den Familien liege, besonders im Übergang von einem Schuljahr zum nächsten. Bewilligungen stünden bisweilen bis zu 14 Tage nach Schulbeginn noch aus. Auch die Schulen seien selbst im Unklaren, in welchem Umfang Schulbegleitungen bewilligt und eingesetzt werden würden, ReBBZ gewährten in dieser Hinsicht keine Kontinuität, lautete es. Während in Hamburg die ReBBZ die Anfragen der Eltern begutachten und bewilligen würden, wäre Schulbegleitung in anderen Bundesländern ein Recht auf Eingliederung, also

⁴ https://daten.transparenz.hamburg.de/Dataport.HmbTG.ZS.Webservice.GetRessource100/GetRessource100.svc/054a4a82-9454-4f0c-ba82-4575c1069fd0/Akte__e340.400.1000-004.pdf.

SCHULE MORGEN

SCHULEN BRAUCHEN ...

- ... ausreichend Fachleute für ihre Aufgaben.
- ... mehr Zusammenarbeit mit externen Organisationen.
- ... Kooperationen mit Kultur- und Jugendeinrichtungen.
- ... mehr Demokratie durch Mitbestimmung aller Beteiligten.

SCHÜLER*INNEN BRAUCHEN ...

- ... Lernen nach Interessen, nicht nach Plan.
- ... mehr Begleitung statt Noten.
- ... Freizeit statt Hausaufgaben.
- ... eine unabhängige Beschwerdestelle für ihre Anliegen.
- ... kleine Lerngruppen und qualifizierte Lehrkräfte.
- ... ein Ende des Abschlusens.
- ... leckeres, gesundes und kostenloses Essen und Trinken.
- ... kostenfreie Hygieneartikel und Sonnenschutz.

LEHRKRÄFTE BRAUCHEN ...

- ... multiprofessionelle Teams.
- ... feste Supervisionszeiten und Beratung.
- ... maximal 20 Unterrichtsstunden in allen Schulformen.
- ... mehr Zeit für Unterricht, Teamarbeit und Schüler*innen.

ein Rechtsanspruch nach SGB IX. Dadurch würde es auch möglich, die Fachaufsicht über die Schulbegleitung außerhalb der Schulbehörde anzusiedeln.

Ein Feld des Interessenskonflikts jenseits der Versorgung der Schüler*innen mit entsprechender Unterstützung: die Perspektive, ob und inwieweit Schulbegleitungen an den Schulen angestellt werden sollten oder nicht. Als Angestellte der Schulen bzw. der Schulbehörde würden privatwirtschaftlich oder auch gemeinnützig agierende Träger keine oder eine deutlich geringere Rolle in der Gesamtkonstruktion spielen als bisher. Vorteile werden in der tariflichen und nicht nur tarif-angelehnten Entlohnung, der Personalsteuerung, der behördlichen Personalverantwortung und der Integration der Schulbegleitungen in die multiprofessionellen Teams der Schulen gesehen. Die GEW vertrat diese Auffassung in ihrem Positionspapier zur letzten Bürgerschaftswahl.⁵ Erforderlich sei neben der Einführung des Pool-Modells als Regelmodell eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, ein Ende der Befristungen sowie eine qualifizierte Ausbildung. Daran schliesse sich auch eine entsprechende tarifliche Bezahlung an. Verabredet wurde, an dieser Frage intern fachlich weiterzuarbeiten, sowie die Aufgabe, eine qualifizierte Ausbildung zur Schulbegleitung und einen Übergang von den einzelnen bestehenden Qualifizierungen (FSJ, sozial erfahrene Kraft, Erzieher*in, Pflegekraft) zu ermöglichen. Erwünscht sei auch, dass es wieder eine öffentliche Anhörung zur Schulbegleitung im Schulausschuss gäbe.

Die große Frage jedoch, so wurde geäußert, sei, weshalb noch keine Eltern gegen die Unterversorgung durch die Schulbehörde geklagt haben.

⁵ [gew-bildungspolitik-screen-es-2019.pdf](https://www.gew-hamburg.de/gew-bildungspolitik-screen-es-2019.pdf) (gew-hamburg.de).

Was anders laufen müsste bei der Deutschen Bahn

Die Deutsche Bahn steht seit Langem im Fokus der Auseinandersetzungen und Kritik. Streckenabbau, Sanierungsstau, Unpünktlichkeit usw. sorgen für Frust unter den Bahnnutzer*innen. Der Bahn-Ausbau in ganz Europa ist notwendig, damit wir eine Alternative zum Fliegen und Autofahren haben. Der desaströse Zustand der Deutschen Bahn zeigt: (Teil-)Privatisierung ist keine Lösung. Wir wollen eine Bahn, die uns bezahlbar, zuverlässig und barrierefrei ans Ziel bringt. Nicht nur auf Hochgeschwindigkeitsstrecken, sondern auch in der Fläche. Am 8. April hat DER LINKEN-Co-Vorsitzende Martin Schirdewan gemeinsam mit dem Europakandidaten Martin Günther und dem DB-Cargo-Betriebsratsmitglied Florian Witte einen 7-Punkte Plan für eine gemeinwohlorientierte Bahn in Europa vorgestellt. Im Netz gibt es das Konzept der LINKEN hier: www.die-linke.de/start/detail/united-railways-of-europe-zuege-europas-vereinigt-euch/.



Auch eines der Bahnprobleme: Gedränge im Hauptbahnhof, beobachtet von einer entspannten Kunstgruppe in der Wandelhalle (Fotos: Michael Joho)

Linker 7-Punkte-Plan für eine Bahn für Alle

- 1. Gemeinwohlu nternehmen Bahn:** Die Eisenbahn ist das Herzstück eines gut ausgebauten und kostenfreien ÖPNV in der ganzen EU. Statt auf Zerschlagung von integrierten Eisenbahnunternehmen mit dem Ziel der Konkurrenz setzen wir auf eine Stärkung der Gemeinwohlorientierung.
- 2. Gegen Liberalisierung auf EU-Ebene:** Die EU treibt Privatisierungen der Bahn mit dem Vergaberecht voran, welches in Zukunft noch stärker auf Ausschreibungen im Wettbewerb setzen soll. Auch und besonders für die Schiene muss gelten: Öffentliches Eigentum muss Vorfahrt vor Privatisierung, Spekulation und Marktgläubigkeit bekommen.
- 3. Gründung der »United Railways of Europe«:** Eine gemeinnützige europäische Bahn-Gesellschaft, die den grenzüberschreitenden Zugverkehr in Europa organisiert, mit koordinierten Fahrplänen, einer gemeinsamen Buchungsplattform und Verbindungen im Stundentakt zwischen den europäischen Großstädten.
- 4. Investitionsoffensive für die Schiene:** Wir müssen den Bahn-Ausbau in ganz Europa vorantreiben. Das Trans-

europäische Netz (TEN) Schiene, der europäische Verkehrswegeplan muss umgesetzt werden. Infrastrukturfinanzierung muss die Schiene priorisieren: Bahn vor Straßen- und Luftverkehr. Bahn für Alle heißt, dass nicht nur Hochgeschwindigkeitsstrecken zwischen den Großstädten gebaut werden, sondern dass die Bahn wieder in die Fläche kommt – zum Beispiel mit Streckenreaktivierungen.

5. Arbeitszeitverkürzung und Ausbildungsoffensive:

Eine 4-Tage-Woche ist genug. Kurze Vollzeit für alle bei vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich macht die Arbeit bei der Bahn attraktiv. Arbeitszeitverkürzung darf nicht zur Verdichtung der Arbeit führen. Deshalb braucht es eine Ausbildungsoffensive und gute Tarifverträge.

6. Nachhaltige Beschäftigungsplanung: Die Einführung von einheitlichen europäischen Standards und die Digitalisierung der Schiene hat starke Auswirkungen auf Arbeitsabläufe, an denen viele Arbeitsplätze hängen. Deshalb muss die Einführung mit nachhaltiger Beschäftigungsplanung, Umschulungen und dem Recht auf einen angemessenen Arbeitsplatz verbunden werden.

7. Für eine demokratische Bahn: Aktuell entscheiden hoch bezahlte Bahnmanager*innen und haben dabei Konzernbilanzen oder Prestigeprojekte im Blick. Die Ergebnisse sind: mieser Service, schlechte Arbeitsbedingungen und Milliardengräber wie Stuttgart 21 auf der einen und Millionen-Boni auf der anderen Seite. Eine gemeinwohlorientierte Bahn braucht Mitbestimmung der Beschäftigten und der Zivilgesellschaft.



Zur Europawahl am 9. Juni 2024



Die Wahlplakate der LINKEN zur Europawahl am 9. Juni 2024 (<https://www.die-linke.de/europawahl/>)

Am 9. Juni 2024 finden nicht nur die Wahlen zu den sieben Bezirksversammlungen in Hamburg statt, sondern auch die Wahl zum Europäischen Parlament. Das Rahmenwahlprogramm der Hamburger LINKEN haben wir in drei Teilen im »Bürger*innenbrief« berücksichtigt – in dieser Ausgabe den letzten Abschnitt. Zum Wahlprogramm der LINKEN zur Europawahl nehmen wir nachfolgend zumindest ein paar Hinweise auf, ein paar Sätze aus der Präambel und das Verzeichnis der verschiedenen Kapitel. Im Ganzen gibt es das Programm hier: www.die-linke.de/fileadmin/4_Wahlen/Europawahl_2024/Europawahlprogramm_neu.pdf.



Die Spitzenkandidat*innen der LINKEN zur Europawahl (v.l.): Özlem Alev Demirel-Böhlke, Gerhard Trabert, Martin Schirdewan und Carola Rackete (www.die-linke.de/europawahl/ – hier finden sich auch »10 Gründe, DIE LINKE zu wählen«)

Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Haltung. Zeit für Frieden

Wir wollen ein Europa der sozialen Gerechtigkeit, in dem alle Menschen in Würde und frei von Armut leben können. Eine demokratische EU, in der die Menschenrechte für alle gelten. Eine EU, die dem Frieden verpflichtet ist. Unsere Vision von einem geeinten Europa ist, dass es sich unabhängig von der Blockkonfrontation zwischen den USA und China macht und auf soziale Sicherheit, Klimagerechtigkeit, Diplomatie und Abrüstung setzt. Ein Europa der globalen Gerechtigkeit, das damit aufhört, den globalen Süden durch Freihandelsverträge und im Interesse von Konzernen auszubeuten. Eine EU, in der Mensch und Natur mehr zählen als der Profit. (Aus der Präambel unseres Europawahlprogramms).



Das Wahlprogramm (www.die-linke.de/fileadmin/4_Wahlen/Europawahl_2024/Europawahlprogramm_neu.pdf)

Unser Wahlprogramm zur Europawahl 2024

Einleitung

Kapitel 1. Umverteilen für soziale Gerechtigkeit

- 1.1 Umverteilen für gute Arbeit
- 1.2 Soziale Sicherheit für alle in Europa: Umverteilen von oben nach unten
- 1.3 Für ein starkes europäisches Gemeinwesen: Umverteilen von privat zu öffentlich
- 1.4 Gute Gesundheit und Pflege
- 1.5 Steuern gegen Ungleichheit und für eine gute Zukunft

Kapitel 2. Wirtschaft sozial und ökologisch gerecht umbauen

- 2.1 Die Industrie gerecht umbauen
- 2.2 Für eine sozialökologische Landwirtschaft
- 2.3 Digitalisierung geht gerecht

Kapitel 3. Klimagerechtigkeit

- 3.1 Energie: So geht's gerecht
- 3.2 Anpassung an den Klimawandel
- 3.3 Mehr Mobilität mit weniger Verkehr
- 3.4 Nachhaltige Digitalisierung
- 3.5 Artensterben bekämpfen

Kapitel 4. Frieden und soziale Gerechtigkeit weltweit

- 4.1 Kollektive Sicherheit in Europa statt Aufrüstungsspirale und Blockkonfrontation
- 4.2 Internationales Recht stärken – Konflikte zivil und friedlich lösen
- 4.3 Gerechte Handelspolitik: Kooperation statt Konkurrenz

Kapitel 5. Mehr Demokratie, weniger Lobbyismus

- 5.1 EU-Institutionen demokratisieren – Europäisches Parlament stärken
 - 5.2 Eine Union der Gleichberechtigung
 - 5.3 Kampf gegen rechts
 - 5.4 Sicherheit statt Überwachungsstaat – Polizei im Rechtsstaat
 - 5.5 Die Grenzen der Demokratie: Keine Festung Europa
 - 5.6 Gemeinsam lernen: Bildung
 - 5.7 Für unabhängige Medien und das Recht auf Kritik
 - 5.8 Verbraucher*innen schützen
 - 5.9 Datenschutz und Schutz vor staatlicher Überwachung
- Schließlich



Diesmal fast nur Termine

Auch wenn's sehr kurzfristig ist, aber wir möchten alle Gewerkschafter*innen und Kolleg*innen einladen zu unserem jährlichen **Gewerkschaftspolitischen Empfang**. Er findet dieses Jahr unter der Überschrift »Eine neue Gewerkschaftsbewegung?« statt. Und zwar am **Donnerstag, den 25. April**, ab 18.00 Uhr im Musiksaal des Gewerkschaftshauses am Besenbinderhof. Sprechen werden u.a. David Stoop und Olga Fritzsche (Linksfraktion), Tanja Chawla (DGB-Vorsitzende), Ines Schwerdtner (Europa-Kandidatin) und Hedi Tounsi (Betriebsrat bei Amazon). Ab 20.00 Uhr gibt es einen gemeinsamen Austausch bei Snacks und Drinks. Anmeldung unter veranstaltungen@linksfraktion.hamburg.de.



Ein **Green Breakfast** bereitet wie schon im Vorjahr der **BUND Hamburg** wird für Samstag, den 27. April, vor. Von **10.00 bis 14.00** Uhr wird ein größerer Teil der **Langen Reihe** auf der Höhe des Carl-von-Ossietzky-Platzes für den Verkehr gesperrt, auf der Straße gibt es dann ein gepflegtes Frühstück, dass sich alle Mitmachenden selbst mitbringen, inklusive Decken, Tischen, Stühlen usw. Letztes Jahr waren es rund 1.000 Aktive, dieses Mal sollen es mindestens doppelt so viele werden. Um ein Zeichen zu setzen, geht es doch um nichts weniger als die Rückeroberung der Straße für die Menschen. Ein wunderbares Beispiel dafür, wie Straßen ohne Auto aussehen und genutzt werden können. Infos [hier](#).



Am **Samstag, den 27. April**, geht es auf zur **Linken Fahrradtour** durch den westlichen Teil des Bezirks Hamburg-Mitte – von der Innenstadt durch Hammerbrook und die Veddel, über Wilhelmsburg und den Freihafen nach St. Pauli und dann zum Abschlussfest in die Neustadt. Wir wollen zusammen historische Stätten wie die Schule am Bullenhusser Damm aufsuchen, die »Besonderen Plätze« unserer Mitte-Spitzenkandidierenden zu den Bezirksversammlungswahlen am 9. Juni **Antonia Ivankovic** und **Marinus Stehmeier** – das »turtur« in Wilhelmsburg und »Parkfiction« auf St. Pauli. Es geht auch zu anderen guten Beispielen für eine alternative solidarische Politik wie die Poliklinik auf der Veddel, zu Brennpunkten der aktuellen politischen Auseinandersetzungen wie die Baustelle des Elbtowers und last but not least zu dem wohl prominentesten Rüstungsproduzenten in Hamburg, zur Werft Blohm & Voss im Hamburger Hafen. **Ausgangspunkt ist um 12.45 Uhr an den Deichtorhallen**, dann geht's quer durch den Bezirk bis zum Abschlussfest der Hamburger LINKEN um 16.00 Uhr auf den Michelwiesen, mit Getränken und Snacks gegen Spende.



Die von der Europa-Union und dem Senat organisierten diesjährigen Europawochen finden vom 30. April bis zum 30. Mai statt. Das umfangreiche Programm im Vorfeld der Europawahl 9. Juni beleuchtet die ganze Spannweite europäischer Fragen und Probleme, von der vor einem Vierteljahrhundert gebildeten Währungsunion über Kultur-, Handels- und Sicherheitspolitik bis zur portugiesischen Nelkenrevolution vor 50 Jahren. Das Gesamtprogramm im Netz unter <https://infopoint-europa.de/de/eventseries/11>.



Und als Höhepunkt des Wahlkampfes hat die Hamburger LINKE am **Donnerstag, den 2. Mai**, die beiden **Europa-Spitzenkandidat*innen der Partei** um 18.00 Uhr zu Gast in der **FABRIK** (Barnerstraße 36). Wir wollen ein Europa der Millionen – nicht der Millionäre, so die zentrale Parole. Doch wie kann das aussehen angesichts der Klimakrise & gesellschaftlicher Ungleichheit? Dazu diskutieren Carola Rackete und Martin Schirdewan, flankiert von unseren **Kandidierenden für die Altonaer Bezirksversammlungswahl**: Ricardo Bolaños González, Andrea Benkert und Julia Koppke. Außerdem gibt es Musik von Strom & Wasser, Östro 430 & Diamando. Der Eintritt ist frei! Komm' vorbei und bring Freund*innen mit.



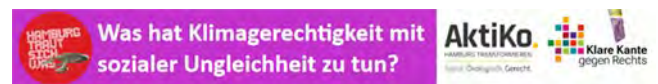
Am **Mittwoch, den 8. Mai**, veranstaltet das **Denkmal-schutzamt** ein Werkstattgespräch zu **Konzepten für denkmalgeschützte Bauten der Infrastruktur**. Die zweistündige Veranstaltung im Kesselhaus im HafenCity Infocenter (Am Sandtorkai 30) beginnt um 18.00 Uhr und sieht Vorträge zum Kaispeicher A und den Deichtorhallen (Albert Schett, Denkmalschutzamt), zum Welterbe Speicherstadt (Peter Modlich, HHLA) und zur Nach-

nutzung des ehemaligen Berliner Flughafens Tempelhof (Fabian Brenne, Architekt) vor. Der Abend klingt mit einem Imbiss ab 20.. Uhr aus. Der Teilnahmepreis beträgt 27 Euro, ermäßigt 14 Euro. Die Anmeldung muss bis zum 26. April erfolgen unter werkstattgespräch@bkm.hamburg.de. Mehr Infos gibt es [hier](#).



Kaum ein anderes Thema bringt so schnell Menschen auf die Palme wie der Verkehr. Mehr Bus und Bahn, Fuß und Rad sind leicht gesagt, doch wie machen wir das als LINKE? Machen wir das gut? Um **Verkehr(te) Politik?** geht es am **Dienstag, den 14. Mai**, um 18.30 Uhr im Rathaus (Raum B). Heike Sudmann lädt nicht nur die Verkehrsorganisationen, sondern auch an linker Verkehrspolitik Interessierte sowie Vertreter*innen aus den bezirklichen Verkehrs-/Mobilitätsausschüssen zu einem internen Austausch ein. An dem Gespräch über Erwartungen und Kritik sind Vertreter*innen von **VCD, ADFC und FUSS e.V.** beteiligt.

Was Klimagerechtigkeit mit sozialer Ungleichheit zu tun hat, darum geht es auf einer Veranstaltung der Gruppe Aktiko-Hamburg transformieren und des Bündnisses Klare Kante gegen Rechts am **Dienstag, den 14. Mai**, um 18.30 Uhr in den Räumen der Jugendberatung der Apostelkirche (Bei der Apostelkirche 6). Das Einleitungsreferat wird der Hamburger Soziologe Prof. Sighard Neckel halten. Mehr Infos [hier](#).



Wer mehr über die Arbeit und die Positionen der Linksfraktion erfahren möchte, schaut sich am besten die Homepage www.linksfraktion-hamburg.de an. Oder wirft einen Blick in die **Backbord**, die alle paar Monate erscheinende **Zeitung der Linksfraktion**. Die jüngste Ausgabe behandelt u.a. die Themen Kampf gegen Rechts, Elbtower und das Aus für die Sozialkaufhäuser: www.linksfraktion-hamburg.de/nazis-raus-die-neue-backbord-ist-da/.

Kleine Geschichtsstunde

Wir erinnern uns – am 25. April 1974 leitete das übers Radio gesendete Lied »Grândola, Vila Morena« von José Afonso die friedliche Revolution in Portugal und damit den Untergang des diktatorisch regierten Kolonialstaates ein. Mehr dazu im Artikel des »Neuen Deutschland« vom 19. April (www.nd-aktuell.de/artikel/1181603.portugal-nelkenrevolution-in-portugal-als-alles-anders-wurde.html) und auf der RLS-Homepage (www.rosalux.de/news/id/51878/das-vermaechtnis-der-nelkenrevolution).

Das Vermächtnis der Nelkenrevolution

Vor 50 Jahren stürzten linke Offiziere die Diktatur in Portugal

Wer geht, macht Platz!

Die performative Übernahme des Elbtowers durch die AG OST

Von Markus Fiedler, Initiative Dessauer Ufer, AG OST

Nach wochenlangen Regenfällen ließ sich am 6. April endlich wieder die Sonne blicken – kein Wunder, denn an diesem Tag manifestierte sich die AG OST auf der Landzunge im Billhafen gegenüber der Bauruine des Elbtowers, um im Rahmen einer feierlichen Eröffnung die Übernahme des brachliegenden Bauwerks zu verkünden. Die Aktionsgemeinschaft OST versteht sich als ein Netzwerk* für radikaldemokratische und solidarische Stadtentwicklung und ist als Bündnis im Hamburger Osten verortet. Die in ihr versammelten Initiativen und Vereine aus den Bereichen Architektur, Kunst, Erinnerungsarbeit, Sport, Bildung, Soziokultur und Stadtentwicklung treten ein für eine solidarische Stadt der Zukunft, deren Zustand und Ziele immer wieder ausgehandelt werden muss, und zwar gemeinwohl- und nicht profitorientiert. Kein Ort wäre besser geeignet sich zu vergegenwärtigen, wie tief

städtische »Masterpläne« in räumliche und soziale Strukturen eingreifen und allzu oft damit Schiffbruch erleiden als der sogenannte »Elbtower«.

Etwa 500 Gäste erschienen und ließen sich von einer Rede begeistern, die die Vertreterin der AG OST vor der noch stillstehenden Baustelle hielt und in der der mutige Schritt des Bündnisses begründet wurde. Hier einige Auszüge:

»Nachdem es die Stadt Hamburg und die von ihr protektionierten Investoren nicht geschafft haben, auf der gegenüberliegenden Fläche an der Zweibrückenstraße ihr Wolkenkuckucksheim zu Ende zu bauen oder gar mit ernstzunehmendem Inhalt zu füllen, tritt nun die AG OST auf den Plan, um diesen Wackelturm mit Expertise, sinnvollen Projekten und vertrauenswürdigem Engagement zu stabilisieren und auszubauen. Weggegangen, Platz vergangen.



Übernahme des Elbtowers am 6. April (alle Fotos von Miguel Ferraz)



Sicher könnten die Vorstellungen der gescheiterten Projektentwickler*innen und der Stadt Hamburg für diesen Standort und der unter dem Dach der AG OST Versammelten nicht weiter auseinanderliegen. Doch nun, da die hinter uns befindliche Bauruine das Scheitern einer Stadtentwicklungspolitik von oben nicht treffender symbolisieren könnte, bringen wir uns in Stellung, um endlich von unserem Recht auf Stadt Gebrauch zu machen und den Tower der geplatzten Träume von Grund auf neu zu denken!



Vor Benko und seinem verschachtelten Imperium, in dem man leicht das Schneeballsystem von sich selbst substituierenden Ein- und Ausgaben erkennen konnte, wurde als Projektentwickler einst allenthalben eindringlich gewarnt. Vergeblich. Die Stadt und ihre Verwaltung haben keine Kohle, heißt es. Ihr politisches Personal zeigt sich überfordert mit der Aufgabe, Räume und Infrastruktur für ihre Bewohner*innen zu entwickeln. Stattdessen lässt sie sich vom vermeintlichen Retter der Innenstädte bezirzen und gibt zentrale Orte her und wirkliche Mitbestimmung auf. Lässt sich zu Luxusbauten am Stadteingang Elbbrücken verführen, einem Ort, an dem das fast viermal so hohe Jahresdurchschnittseinkommen der HafenCity auf das von Rothenburgsort trifft. Der Begriff »Hochstapelei« bekommt angesichts des Stahlbetongerippes gegenüber eine ganz neue Dimension. Die AG Ost kommt da von einem ganz anderen Stern. Wir machen keine falschen Versprechungen. Wir packen an. Weil uns gar nichts anderes übrig bleibt!«

Flankiert von über zwanzig baubehelmteten Kolleg*innen der AG OST, die ihren kämpferischen Vortrag gestisch-performativ begleiten, hat die Sprecherin des Bündnisses das Publikum schnell auf ihrer Seite. Während sie aufzählt, welche Vereine und Gruppen sich an der AG OST beteiligen und von den leider üblichen Verdrängungsprozessen betroffen sind, macht sich auf dem Billhafen ein Ruderboot der RV Bille (auch Teil des Bündnisses) laut bemerkbar und hält Schilder hoch, auf denen »POWER TO THE TOWER!« zu lesen ist. Allgemeiner Jubel brandet auf.

»Hier also, wo die Verantwortlichen der Stadt Hamburg sich von Benko und Konsorten bei Sekt und catchy Modellentwürfen haben besoffen machen lassen von windiger Glit-

zerarchitektur und Aussichtsplattform-Goodies für das Volk, bringt die AG OST handfeste, auf jahrelanger Erfahrung beruhende und zukunftsweisende Projekte an den Start, um das erbarmungswürdige Betonskelett mit Leben und Perspektive zu füllen. Lasst UNS das machen!

Ihr habt zu Genüge bewiesen, dass ihr das nicht könnt und in unschöner Regelmäßigkeit weite, zentrale Gebiete unserer Stadt mit Reißbrettarchitektur vollstellt, durch die ideenlos der Wind pfeift und bei der man sich fragt, warum man dort



verweilen oder gar wohnen oder arbeiten sollte. Sofern man es sich überhaupt leisten könnte.

Anyway, wir sind da anders. Wir sind schon da, wir brauchen Platz, wir verkalkulieren uns höchstens mal aus wirklicher Begeisterung und wissen unser Scheitern stets zu nutzen. Wir verstehen Stadt grundsätzlich anders. Die ist nämlich schon längst da, während ihr noch Pappmaché-Traumschlösser und Planskizzen auf euren Konferenztischen hin- und herschiebt. Ihr wart schon viel zu lang nicht mehr draußen, an der frischen Luft, in den Straßen und Genden, in denen wir arbeiten, leben und ja, auch mal feiern! So wie hier und heute.

Wir heißen euch alle herzlich willkommen zur Vorstellung unseres kühnen und zukunftsweisenden Unterfangens, das die urbane Kultur Hamburgs nachhaltig auf links drehen wird. Wir nutzen diese Chance, um den unvollendeten Prunkbau in einen Prozess der gemeinwohlorientierten, nachhaltigen Stadtgestaltung von unten zu überführen. Statt die Dividendengier der Shareholder zu befriedigen, wird ab jetzt den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger höchste Priorität eingeräumt - denn Euer Ruin ist unser Gewinn!«

Das Publikum stimmt spontan ein und skandiert den Slogan, die Aufbruchstimmung hat offensichtlich um sich gegriffen. Die Figur eines nervösen Senators sortiert sein Redemanuskript, während im Hintergrund eine große Schere herangeschafft wird.

Die Sprecherin fährt fort: »Euer Raumschiff, das auf diesem handtuchgroßen Grundstück zwischen den Brücken abgestürzt ist, werden wir nun flott machen und zur Zentrale für all die bedrohten Crews und Initiativen umbauen, in deren Hinterhof es havariert ist. Städtisches Leben, das alle be-



teilt und das soziale Gerechtigkeit und kulturelle Vielfalt mitdenkt, soll an diesem Ort für alle in den Himmel wachsen!

Kommt zur AG OST, beteiligt euch – es sind noch Plätze frei! Wir wollen im Power Tower mit euch eine Zentrale für neue kulturelle und soziale Projekte einrichten und Räume für Innovation, Bildung und nachhaltiges Wirtschaften öffnen. Mit der Umwandlung dieses ikonisch-toten Gebäudes in einen lebendigen, multifunktionalen Raum, der künstlerisches und soziales Unternehmertum fördert, setzen wir ein fettes Zeichen für die Bedeutung von experimentellen und inklusiven Stadträumen. Die Übernahme des Elbtowers durch die AG OST markiert einen Aufbruch und spricht zugleich die Einladung aus, gemeinsam die Stadt so zu gestalten, dass sie lebenswert, inklusiv und inspirierend ist – für uns alle. Ab sofort. Und auch in Zukunft.

Wir wenden uns angewidert ab von der versuchten Kommerzialisierung noch der letzten Nischen und Brachen dieser Stadt und machen hier, was wir am besten können: Leerstand sinnvoll nutzen und neu interpretieren zum Nutzen der städtischen Gemeinschaft. Komm, Hamburg, was Besseres kann dir doch nicht passieren ... Wir lassen diesen Vogel endlich fliegen!«

Das Publikum bricht in tosenden Applaus und Jubel aus, das vorbereitete Statement des »Senators«, der die Übergabe

des Elbtowers offiziell macht und sich für das Engagement der AG OST bedankt, geht in den neuerlichen Rufen »Euer Ruin ist unser Gewinn! Power to the Tower!« unter. Zu Musik und Pyroshow werden feierlich Banner entrollt, die darstellen, wie der Turm künftig von den Initiativen der AG OST belegt und entwickelt werden soll. Die Gespräche über die künftigen Nutzungsformen und die Feierlichkeiten ziehen sich bis in die Nacht hinein. Viele Gäste aus den angrenzenden Stadtteilen wie Rothenburgsort beteiligen sich lebhaft an den Diskussionen.

Von der AG OST wird noch zu hören sein ... Kontakt zur AG OST gibt es hier: info@ag-ost.org | sokönnenwirnichtarbeiten.de. Engagiert in dieser AG OSYT: Atelierhaus Bullerdeich, Artoll – Werkstätten für Kunst und Technologie e.V., BBS40 e.V., Galerie Oel-Früh, Geschoss co-working, Hallo: Verein zur Förderung raumöffnender Kultur e.V., Hamburger Studienbibliothek, Hanseatische Materialverwaltung, Hochwasserbassin e.V., Initiative Dessauer Ufer, Künstler*innenhaus Wendenstraße, LU'UM, Mikropol e.V., MS Stubnitz, Mundhalle eG, Oldtimer Tankstelle, PK3000, Proberaum Schaltzentrale, Rudervereinigung Bille von 1896 e.V., Südpol – Kulturelles Neuland e.V., Verein für Skateboardkultur, Vereinigung Kinder vom Bullenhuser Damm e.V., ZOLLO.



Herzlichen Glückwunsch! Die RLS Hamburg wird 25 ... und älter

Die Rosa Luxemburg Stiftung (RLS) Hamburg feiert dieser Tage ihr fünfundzwanzigjähriges Bestehen. Als Geschenk an sich selbst und sowohl an diejenigen, die ihr nahestehen, als auch an diejenigen, die sich für politische Bildung interessieren, hat die RLS einen kleinen Sammelband veröffentlicht. Neben einem dokumentarischen Rückblick und der Darstellung der vielfältigen Bildungsformate enthält der Band Artikel zu den Aufgaben und Methoden politischer Bildung, zu Fragen des »Beutelsbacher Konsenses« sowie zur Frage des Sozialismus in unserer Gegenwart. Der Sammelband mit der ISBN 978-3-00-077938-1 kann für eine Schutzgebühr von 8 Euro über die Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg (info@rls-hamburg.de) bezogen werden. Ihm ist folgender Beitrag von Dr. Florian Weis, unter anderem Gründungsmitglied der Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg und langjähriger Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin entnommen. Das aktuelle Bildungsprogramm kann unter www.hamburg.rosalux.de eingesehen werden.



Festschrift 25 Jahre RLS Hamburg, Preis 8,- Euro (Foto: Hanno Plass)

Wie alles begann: Die Herausbildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 1996

Von Florian Weis

Festschriften, Dokumentationen und Studien, die sich mit Organisations- und Unternehmensgeschichte befassen, versuchen oft, eindeutige Datierungen vorzunehmen: Die SPD wurde 1863 gegründet; der Hamburger Sportverein, um eine Organisation zu nennen, die in Kreisen der RLS Hamburg weniger geschätzt wird als eine andere, die 1910 als ihr Gründungsdatum angibt, im Jahre 1887; die Partei DIE LINKE 2007. In allen Fällen sind die Gründungsdaten keineswegs falsch, sie suggerieren aber eine Eindeutigkeit und Genauigkeit, die

den Entstehungsprozessen nicht ausreichend gerecht wird. 1863 wurde der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) mit Ferdinand Lassalle als wichtigstem Vertreter gegründet; der ADAV war eine Quellorganisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, nicht aber die SPD in ihrer späteren Form und Namensgebung schlechthin. Gleiches gilt für den HSV, der sich in dieser Form 1919 zusammenschloss, dessen ältester Vorläufer aber schon 1887 gegründet wurde. Und auch die Partei DIE LINKE, hervorgehend aus der Partei des

Demokratischen Sozialismus (PDS) und der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG), wurde formal im Juni 2007 gegründet, die PDS existierte aber seit Ende 1989, der faktisch gemeinsame Wahlantritt zur Bundestagswahl mit der WASG erfolgte bereits 2005.

Was für die genannten größeren Organisationen gilt, trifft auch auf die Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg zu. Richtigerweise feiert sie 2024 ihr fünfundzwanzigjähriges Bestehen, erfolgte die Eintragung in das Vereinsregister beim Amtsgericht Hamburg doch am 27. September 1999, nachdem die Satzung im Februar 1999 errichtet und im August 1999 noch einmal neu gefasst worden war. Doch könnte die Geschichte der heutigen RLS Hamburg auch als eine 28-jährige beschrieben werden, denn bereits 1996 begann die Aufbauarbeit. Entsprechend ließen sich beispielsweise auch zwei Gründungsvorsitzende nennen: Der jetzt scheidende langjährige Regionalbüroleiter (seit 2003), gleichzeitig geschäftsführendes Vorstandsmitglied der RLS Hamburg, Meinhard Meuche-Mäker, und der Verfasser dieser Zeilen. Ersterer wurde 1996 bei der Gründungsversammlung zum Vorsitzenden gewählt, letzterer folgte ihm nach und war somit der erste Vorsitzende des nunmehr eingetragenen Vereins. Bereits am 11. September 1996 hatten sich sieben Personen zusammengefunden, um den Verein »Analyse – Kritik – Utopie. Forum für politische Bildung« zu gründen. Eine erste Satzung wurde beschlossen. Meinhard Meuche-Mäker wurde Vorsitzender der »A-K-U«, wie sie in den ersten Jahren meistens genannt wurde. Als weitere Vorstandsmitglieder wurden Gudrun Aßmann und Florian Weis gewählt. Zu den Vereinsmitgliedern der ersten Phase gehörten ferner Sigrid Melanchthon, Katrin Meuche, Heiner Bode, Holger Zerrahn, Michael Hartwig und Andreas Reichstein. Etwas später stieß dann Winfried Schebesch dazu und wurde neuer Vorsitzender des Forums, bald darauf auch Renate Willhöft, die über viele Jahre hinweg die Vorstandsarbeit in verschiedenen Funktionen mitgestaltet hat.

Während sich der Verein »Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.« im November 1990 gegründet hatte und 1999 in »Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.« umbenannte, entstanden parallel ab 1990 eigenständige Landesstiftungen in Sachsen, Brandenburg und Berlin, etwas später dann auch in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern. In den westdeutschen Bundesländern entstanden die meisten Bildungsträger im Umfeld der PDS zwischen 1996 und 2000.

Analyse und Bildung, nicht Agitation

Doch warum gründeten Menschen, die damals überwiegend der PDS in Hamburg angehörten, diesen Bildungsverein? Dafür lassen sich mehrere Gründe anführen, die miteinander verwoben sind.

»Analyse – Kritik – Utopie« bedeutete für uns damals Beteiligte, einerseits an einer sozialistischen politischen Perspektive auch in einem Jahrzehnt festzuhalten, indem die Kombination aus liberaler Demokratie und marktwirtschaftlichem Kapitalismus oftmals als alternativlos beschrieben



Auf der Festveranstaltung der Hamburger RLS am 19. April im Haus des CVJM – zugleich der Abschied von Meinhard Meuche-Mäker nach einem Vierteljahrhundert Geschäftsführer-Tätigkeit (Foto: Michael Joho)

wurde. Andererseits war uns wichtig, Sozialismus immer als demokratischen Sozialismus zu definieren, in klarer Abgrenzung von stalinistischen und anderen autoritären Traditionen. Dem haben die damals Beteiligten mit einem starken Fokus auf historischen Themen Rechnung zu tragen versucht, zumindest ansatzweise auch mit einem erweiterten Zugang, der damals nicht intersektional genannt wurde, jedoch Elemente davon enthielt, indem etwa Geschlechterverhältnisse und Feminismus stärker in den Blick genommen wurden. Indem »Analyse« an den Anfang gestellt wurde, sollte deutlich werden, dass es um Bildung und Aufklärung, nicht Agitation gehen würde. »Kritik« sollte sich auf die Gegenwart des scheinbar siegreichen Kapitalismus beziehen, aber auch auf Verbrechen und Fehler in der Geschichte der Arbeiter*innenbewegung. Utopie sollte schließlich verdeutlichen, dass die Geschichte nicht zu Ende sei, wie dies Francis Fukuyama mit seinem gleichnamigen Buch nahezulegen schien.

Das neue Forum für politische Bildung beabsichtigte folglich, eine wirkliche Erkenntnis- und Bildungsarbeit auf den Weg zu bringen und allzu schlichte und dogmatische Weltansichten, wie sie gerade in der Hamburger PDS sehr verbreitet waren, zu überwinden. Davon zeugen bereits die frühen Programme, die ausschließlich auf ehrenamtlicher Arbeit und kargen Spenden und Beiträgen fußen. Erste öffentliche Mittel gab es im Herbst 1999 durch die RLS auf Bundesebene. Die Veranstaltungen der ersten drei Jahre zwischen Herbst 1996 und Herbst 1999 hatten die Form von klassischen Vortrags- und Informationsveranstaltungen, aber auch von halböffentlichen Lesekreisen und Diskussionsrunden, die von den Mitwirkenden selbst inhaltlich gestaltet wurden. Politisch-strategische Fragen wurden beispielsweise mit dem damaligen PDS-Wahlkampfleiter und intellektuellen Impulsgeber der PDS, André Brie, und mit Joachim Bischoff (VSA-Verlag, Zeitschrift Sozialismus und von 2008–2011 ein weit über die Linke hinaus angesehener Bürgerschaftsabgeordneter) streitbar erörtert. Hanna Behrend referierte über einen Feminismus in Bewegung, Wladislaw Hedeler und Mario Keßler über

Plechanow und das schwierige Feld der jüdisch-sozialistischen Beziehungen. In Lesekreisen und Gesprächskreisen ging es um Eric Hobsbawm und François Furet sowie um Proteste gegen und Alternativen zu neoliberaler Politik in Frankreich, Italien und Großbritannien. Auch mit Angeboten wie historisch-kulturellen Exkursionen (Friedhof Ohlsdorf) und der Befassung mit politischer bildender Kunst (Werner Tübke) wurde experimentiert. Mit den »Kamingesprächen« wurde ein kleines, aber sehr wirksames Format für Hintergrundgespräche in einem geschlossenen Kreis geschaffen, das die sachliche Erörterung kontroverser Fragen erlaubte. So diskutierten in diesem Rahmen etwa Helmut Holter (1998-2006 Arbeitsminister in Mecklenburg-Vorpommern für die PDS und seit 2017 Bildungsminister in Thüringen) und Alexander Porschke (1997-2001 Umweltsenator für die GAL in Hamburg) miteinander, was öffentlich sehr viel schwieriger möglich gewesen und weniger konstruktiv verlaufen wäre. Auch der damalige Bundesgeschäftsführer der PDS, Dietmar Bartsch, nahm an einem dieser Kamingespräche zu politisch-strategischen Fragen teil. Als sich 2004 die WASG bildete, konnte in einem den Kamingesprächen ähnlichen Rahmen offen, aber vertraulich über die Frage diskutiert werden, ob PDS und WASG bei künftigen Wahlen gegen- oder miteinander agieren würden. Ähnliche Debattenräume eröffnete auch die RLS auf Bundesebene und in vielen Landesstiftungen und war damit gerade deshalb erfolgreich, weil sie nicht »Strippenzieherin« oder »Architektin«, wohl aber »Begleiterin«¹ der neuen Partei auf Basis von Vertrauen, Netzwerkerfahrungen und Debattenmöglichkeit war.

Stiftungsverbund und »Westaufbau«: Erste Ausbauschritte (1999–2003)

Nachdem die RLS auf Bundesebene im Sommer 1999 erstmals Bundesmittel erhalten hatte, verbesserten sich die finanziellen Möglichkeiten auch für die nunmehrige Landesstiftung schrittweise. Die Arbeit selbst wurde aber nach wie vor ausschließlich ehrenamtlich geleistet, was einer quantitativen Ausweitung und Systematisierung Grenzen setzte. Ausgerechnet die schwere Niederlage der PDS bei den Bundestagswahlen im September 2002 leitete jedoch eine neue Phase der Entwicklung ein. In einer bewussten, mutigen und erfolgreichen antizyklischen Entscheidung erhöhte die RLS auf Bundesebene die Mittel für die westdeutschen Landesstiftungen und Rosa-Luxemburg-Clubs ab 2003. Das damalige geschäftsführende Vorstandsmitglied Evelin Wittich, unterstützt von Lutz Brangsch, Michael Brie, Claudia Gohde und anderen Vorstandsmitgliedern, hat dies wesentlich ermöglicht. Konzeption und Umsetzung leisteten Lutz Kirschner, Florian Weis und Kolleg*innen aus den westdeutschen Landesstiftungen. Nicht zuletzt zeigten sich ostdeutschen Landesstiftungen sehr solidarisch. Wenige Wochen nach der Bundestagswahl-niederlage fand erstmal ein Treffen aller Landesstiftungen in einem westdeutschen Bundes-

land statt. Dieses Bremer Treffen im November 2002 legte die Grundlage für die bemerkenswerte weitere Entwicklung des RLS-Stiftungsverbundes, heute eines der wichtigsten Wirkungsfelder der RLS-Arbeit, da nun einmal 95 % der Menschen in Deutschland nicht in Berlin leben und die Vielfalt politischer, kultureller und sozialer Entwicklungen in Deutschland nicht zentralistisch, sondern nur regional und lokal in der Bildungsarbeit abgebildet werden kann.

Gerade einmal vier Teilzeitstellen im Umfang von 33 bis 50 % konnten 2003 in Bremen, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Hamburg eingerichtet werden. Dieser zunächst kleine Schritt bedeutete gleichwohl, dass die erste Phase der RLS in Hamburg ihren erfolgreichen Abschluss gefunden hatte.



Kai Degenhardt zupfte die richtigen Losungen (Foto: Michael Joho)

Literaturhinweise:

Meinhard Meuche-Mäker: Die PDS im Westen 1990–2005.

Schlussfolgerungen für eine neue Linke. Berlin 2005.

Dagmar Enkelmann/Florian Weis, Florian (Hrsg.): »Ich lebe am fröhlichsten im Sturm«. 25 Jahre Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung. Hamburg 2015.

Personenangaben:

Florian Weis, geb. 1967 in Hamburg, ist Historiker (Promotion 1998 zu »And now – win the Peace.« Nachkriegsplanungen der Labour Party, Hamburg 1999, VSA Verlag). Er war Mitglied der Grün-Alternativen Liste (GAL) in Hamburg von 1984 bis 1990 und ist seit 1991 Mitglied der PDS bzw. der LINKE. Seit 1999 ist er in verschiedenen Funktionen für die RLS in Berlin tätig, darunter viele Jahre als Koordinator der (westdeutschen) Landesstiftungen der RLS.

¹ www.rosalux.de/dokumentation/id/13590/ist-die-rosa-luxemburg-stiftung-die-schaltstelle-der-neuen-linksfront-wie-der-heutige-spiegel-meint

Hamburg wählt: Ein gutes Leben für alle

In wenigen Wochen – am 9. Juni 2024 – stehen die Neuwahlen zu den sieben Bezirksversammlungen an. Mit dem dritten Teil schließen wir in diesem »Bürger*innenbrief« die komplette Wiedergabe des bezirklichen Rahmenwahlprogramms ab. Wer sich für die Wahlprogramme der LINKEN in den verschiedenen Bezirken interessiert, schaut hier: <https://www.die-linke-hamburg.de/partei/bezirksverbaende/>. Wer erfahren möchte, welche Kandidat*innen für das Programm im jeweiligen Bezirk antreten, guckt hier: www.die-linke-hamburg.de/wahlen/bezirksversammlungenwahlen/bezirksversammlungenwahlen-2024/



Unser Programm zu den Bezirksversammlungenwahlen am 9. Juni 2024 (3. Teil und Schluss)

Für ein friedliches und weltoffenes Hamburg

In Hamburg leben seit Jahrhunderten Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen. Diese Realität wird immer wieder als Bedrohung dargestellt, um Hass und Rassismus zu schüren. Wir LINKEN wissen: Solidarität ist unteilbar und international. Wir sind die Partei der arbeitenden Klasse, unabhängig von Herkunft oder Staatsbürgerschaft und vertreten die Rechte der Lohnabhängigen, Menschen mit Sorgearbeiten, Selbständigen, Transfergeldbezieher:innen ebenso wie die der Erwerbsunfähigen, Kinder und Jugendlichen und Rentner:innen. Wir verwahren uns gegen das Ausspielen der einen gegen die anderen. Wir streiten für eine solidarische Alternative, damit wir gemeinsam gegen Oben auftreten und niemand nach Unten tritt. Wir stellen uns klar gegen das Vorhaben der Bundesregierung und der EU, die Außengrenzen martialisch abzuriegeln und Abschiebungen zu intensivieren. Wir streiten für die volle Wiederherstellung des Asylrechts, umfassende soziale Rechte und gleiche Partizipationsmöglichkeiten für alle Menschen. Wir sagen: Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Geflüchteten!

Dagegen richten sich die nationalistische und völkische AfD und andere extrem rechte Organisationen. Die AfD ist die Partei des deutschen Militarismus, die Aufrüstung und Expansion der Bundeswehr propagiert und ihr im Bundestag auch zustimmt. Sie gibt sich als Friedenspartei und versucht damit nur, über ihre eigentlichen Absichten hinwegzutäuschen und Millionen von Menschen, die eine friedliche Welt wollen, in die Irre zu leiten und für ihre nationalistische und chauvinistische Politik zu vereinnahmen. Die AfD steht für



www.shop.die-linke.de/Plakat-Nein-zu-alten-und-zu-neuen-Nazis-p20154031

militärische Expansion des deutschen Kapitals, für die neokoloniale Ausbeutung anderer Länder und für das Prinzip von Befehl und Gehorsam. Daher verteidigt oder verharmlost sie die millionenfachen Verbrechen der Nazi-Diktatur und ihres Vernichtungs- und Eroberungsfeldzugs im Zweiten Weltkrieg. Sie ist Produkt der verrohten bürgerlichen Verhältnisse von Konkurrenz sowie Ausbeutung und gleichzeitig deren Brandbeschleuniger.

DIE LINKE ist entschiedene Gegnerin der AfD und aller Nazi-Organisationen. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wir kämpfen dafür, dass die AfD nicht mehr in die Parlamente einzieht, aus dem öffentlichen Leben zurückgedrängt wird, und besonders Nazis raus: aus den Köpfen!

Hamburg ist einer der größten Umschlagplätze für Rüstungsgüter in Europa. Gerade der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine – den wir alle verurteilen – verpflichtet alle zu Deeskalation, diplomatischer Entspannung und atomarer Abrüstung. Wir fordern das Verbot von Rüstungsexporten und Atomwaffen und stehen für eine friedliche Außenpolitik jenseits des militärischen Tunnelblicks: Friedenspolitik bedeutet, Fluchtursachen zu bekämpfen! Die militaristische Indoktrinierung an unseren Schulen und Hochschulen durch die Bundeswehr lehnen wir ebenso ab wie die verherrlichende Zurschaustellung von Kriegsschiffen beim Hafengeburtstag.

Wir wollen den materiellen und kulturellen Reichtum der Stadt für alle Menschen nützlich einsetzen, Menschen jeglicher Herkunft für Frieden und Völkerverständigung zusammen und in Bewegung bringen. Dabei beziehen wir uns auf die Präambel der Hamburger Verfassung: »Die Freie und Hansestadt Hamburg (...) will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein.«

DIE LINKE will oppositioneller Schrittmacher für soziale, demokratische und zivile Entwicklungsfortschritte sein, um den rechten Kräften dauerhaft den Nährboden zu entziehen.

Wir fordern:

- Hamburg muss zur sicheren Stadt für Geflüchtete, Deserteur:innen und alle Menschen in Not und zur Zuflucht für Seenotgerettete werden!
- In den Bezirken müssen die politischen und sozialen Voraussetzungen für eine gelingende Integration geschaffen werden.
- Kein Werben fürs Sterben mehr an Hamburger Schulen – Bundeswehr raus aus Schulen und Kitas!
- Die Umbenennung der nach Militarist:innen und Kolonialist:innen benannten Straßen, Plätze, Gebäude und Einrichtungen zur würdigen Erinnerung an Antimilitarist:innen, Pazifist:innen, Deserteur:innen und Antifaschist:innen.
- In allen Hamburger Bezirken eine Woche des Gedenkens etablieren und gestalten: Erinnern heißt kämpfen.
- Den 8. Mai als Tag der Befreiung zu einem gesetzlichen Feiertag machen. Wir unterstützen das Bündnis 8. Mai und werden uns auch in den Bezirksversammlungen dafür stark machen.

- In allen Bezirksversammlungen werden wir Initiativen ergreifen, auf einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung der Hamburger NSU-Morde in der Bürgerschaft hinzuwirken.

Frauen tragen die Hälfte des Himmels

Die Hälfte der Menschheit ist weiblich, aber von vollständiger Gleichberechtigung sind wir weit entfernt. Patriarchale Strukturen, Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, Unterdrückung und strukturelle Gewalt müssen nach wie vor bekämpft werden.

Linker Feminismus – Zeit für ein selbstbestimmtes, sicheres und gerechtes Leben

Als LINKE stehen wir für einen Feminismus, der das ganze gesellschaftliche und private Leben betrifft. Das heißt zuallererst, Arbeit und Zeit zwischen den Geschlechtern gerecht zu verteilen. Eine Gesellschaft, in der ALLE frei sind, Zeit für die Familie und Freund:innen haben, gleichzeitig einer sinnvollen und gut bezahlten Arbeit nachgehen und an politischen Entscheidungen mitwirken können.

(Sorge-) Arbeit und Zeit umverteilen –

Ohne Frauen läuft nichts!

Frauen erhalten im Durchschnitt 21% niedrigere Löhne und entsprechend weniger Rente als Männer. (Gender-Pay-Gap). Sorgearbeit wird gesellschaftlich abgewertet. Frauen bestreiten den Großteil der entlohnten und nicht entlohnten Pflege- und Erziehungsarbeit, sie arbeiten häufiger in Teilzeit oder in weniger gut bezahlten und prekären Jobs. Frauen leisten 50 % mehr unbezahlte Sorgearbeit (Gender-Care-Gap), entsprechend haben sie weniger Zeit für andere Tätigkeiten.

Die LINKE fordert deshalb:

- Gleichberechtigungsbeauftragte und der Betriebsrat benötigen diesbezüglich Schulung

Gewalt an Frauen beenden

Statistisch wird alle fünf Minuten eine Frau bedroht, verprügelt, gestalkt, psychisch unter Druck gesetzt, sexuell genötigt oder vergewaltigt. Gewalt gegen Frauen ist Ausdruck und Folge gesellschaftlicher Abwertung und Unterdrückung von Frauen. Gewalt gegen Frauen kommt bevorzugt in Familien vor, aber auch im öffentlichen Raum. Viel zu oft endet sie für Frauen tödlich und wird meist vom (Ex)Partner ausgeübt.

- Das Gewaltschutz-Hilfesystem muss ausreichend finanziert werden
- Staatliche Behörden und medizinisches Personal müssen für das Thema sensibilisiert und geschult werden
- Den Erhalt und Ausbau von Frauen- und Mädchenprojekten und Elternschulen
- Mehr Frauenhausplätze unter Berücksichtigung spezifischer Bedarfe
- Antidiskriminierungsbeauftragte für die Bewohner:innen in jedem Bezirk
- Einrichtung von Wohnprojekten und Tagestreffs für wohnungslose Frauen
- mehr Beratungsstellen für Männer gegen Männergewalt sowie Gewaltpräventionskurse.

Freie Entscheidung für ein Leben mit und ohne Kinder für alle

Um selbstbestimmt leben zu können, müssen Frauen echte Wahlmöglichkeit haben. Dazu gehören umfassende Aufklärung, der Zugang zu Verhütungsmitteln und die freie Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch. Nur wenn Frauen sich ohne Zwänge für oder gegen eine Schwangerschaft und Elternschaft entscheiden können, ist eine selbstbestimmte Familienplanung möglich. Ein Leben mit Kindern muss gesellschaftlich abgesichert werden: Das beginnt mit einer guten gesundheitlichen Versorgung und Aufklärung während einer Schwangerschaft und Geburt. Mit Kindern zu leben darf kein Armutsrisiko sein und Eltern müssen Kinder unter sicheren und gesunden Bedingungen aufziehen können.

- Hygieneprodukte für Menstruation müssen von öffentlichen Gesundheitsstellen und in öffentlichen Einrichtungen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Gleichberechtigung für alle Geschlechter

Emanzipiert ist eine Gesellschaft dann, wenn jede:r sozial abgesichert ist und gleiche Chancen zur Realisierung eines selbstbestimmten Lebens hat. Ob lesbisch, schwul, bi, trans*, inter* oder nicht-binär, am Ende müssen wir alle essen, wohnen und leiden unter den Auswirkungen von Krieg und Wirtschaftskrisen. Doch queere Lebensweisen werden von außen oft angefeindet. Wir setzen uns dafür ein, dass selbstbestimmte Leben queerer Menschen als das anerkannt werden, was sie sind: eine Selbstverständlichkeit. Dafür braucht es Schutz vor queerfeindlicher Diskriminierung und Unterstützung in Fragen von Sicherheit, Gesundheit und Sichtbarkeit. Wir haben die Gefahr von Mehrfachdiskriminierung im Blick, wenn Menschen queer und zusätzlich arm, krank, alleinerziehend oder von Rassismus betroffen sind und stehen für die Verbindung queerer, sozialer, antirassistischer und feministischer Kämpfe!

Wir fordern:

- Antidiskriminierungsbeauftragte für die Bewohner*innen in jedem Bezirk.
- Spezifische Beratungsstellen für Transpersonen, insbesondere auch Rechtsberatungsstellen.
- Die Vergabe von Finanzmitteln unter Berücksichtigung ihrer geschlechtsspezifischen Auswirkungen (Gender Budgeting).
- Den Erhalt und Ausbau von Queerprojekten.
- In jedem Bezirk die Einrichtung eines Wohnprojekts und eines Tagestreffs für wohnungslose queere Menschen.
- Die Benennung von Straßen und Plätzen nach queeren Menschen.

Gesundheit im Stadtteil

Ein möglichst gesundes und langes Leben, sowie Wohlbefinden wird nicht allein durch Gesundheitspolitik im engeren Sinne gefördert. Gemäß dem »Health in all policies«-Ansatz (Gesundheit in allen Politikbereichen), können und müssen in allen Politikbereichen (Bildung, Soziales, Gleichstellung, Innen, Umwelt, Klima, Energie, Landwirtschaft, Wirt-

schaft, Bauen etc.) Entscheidungen getroffen werden, die die Gesundheit aller Menschen fördern und die gesundheitliche Chancenungleichheit verringern. Die Lebenserwartung von Menschen hängt entsprechend nicht nur von der Gesundheitsversorgung ab, sondern mehr noch vom sozioökonomischen Status. Demzufolge ist Gesundheit also nicht nur ein Thema der Gesundheitspolitik, sondern aller Politikbereiche.

Mehr als die Verhaltensprävention (sich individuell gesund zu verhalten) spielt für DIE LINKE auch die Verhältnisprävention (Schaffung von Verhältnissen, die die Gesundheit fördern bzw. Gesundheitsschädigungen abbauen) eine zentrale Rolle. Die Frage nach Gesundheit und Krankheit ist die Frage nach sozialer Gerechtigkeit. Es ist die Klassenfrage.

Der Morbiditätsatlas von 2013 belegt klar, dass die Krankheitslast in ärmeren Stadtteilen überdurchschnittlich hoch ist. Umgekehrt lassen sich Kinder- und Hausärzt:innen am Bedarf vorbei dort nieder, wo der Anteil von Privatpatient:innen und somit die Inanspruchnahme von IGEL-Leistungen (Leistungen, die von der Krankenkasse nicht übernommen werden müssen) besonders hoch ist.

Gegen das Kleinunternehmer*innentum und ungerechte Verteilung in der ambulanten Versorgung müssen in unterversorgten Stadtteilen städtische Gesundheits- und Care(arbeits)zentren in kommunaler Trägerschaft aufgebaut werden, die die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Haus- und Kinderärzt*innen, Gynäkolog*innen, Community Health Nurses, Pflegestützpunkten, Hebammen, Sozialberater*innen und Physiotherapeut*innen sicherstellt. Anders als private Praxen sollten diese Zentren keinen Aufnahmestopp für Patient*innen verhängen dürfen. Vielmehr braucht es bei steigenden Patient*innenzahlen eine Aufstockung des Personals, damit die Versorgung verlässlich sichergestellt ist.

Die durchschnittliche Lebensdauer ist in ärmeren Stadtteilen im Vergleich zu gut situierten bis zu zehn Jahre kürzer. Gleichwertige Lebensverhältnisse erfordern den Kampf gegen die soziale Ungleichheit und die Stärkung der Verhältnisprävention. (Gesundheitsfördernde Wohn-, Arbeits-, Verkehrs-, und Umweltverhältnisse). Die Erfahrungen aus der Pandemie zeigen, dass aufsuchende Gesundheitsberatung und zielgruppenspezifische Kommunikation/Vermittlung von Gesundheitskompetenz enorm wichtig sind.

Wir fordern:

- In den unterversorgten Stadtteilen den Aufbau von städtischen Stadtteilgesundheits- und Care(arbeits)zentren in kommunaler Trägerschaft ohne Aufnahmestopp.
- Den flächendeckenden Einsatz von Präventivfachkräften und Community Health Nurses.
- Eine Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (Schuleingangsuntersuchungen, Elternberatung, Familienhebammen, sozialpsychiatrischer Dienst) und die Verzahnung mit der ambulanten Versorgung, insbesondere den Stadtteilgesundheitszentren.
- Durchsetzung der regelmäßigen Kontrolle der Pflegeeinrichtungen entsprechend Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz.

- Angesichts der Erkenntnis, dass der Klimawandel auch im Sommer eine aktive präventive Gesundheitspolitik notwendig macht, fordern wir einen Hitze-Aktionsplan für Wohnungslose und andere vulnerable Menschen zum Schutz vor Hitze und Dehydratation. Dazu sollten gehören
 - ① Bereitstellung von Wasserentnahmestellen im öffentlichen Raum.
 - ② Schaffung und Öffnung von Kühlinseln.
 - ③ Berücksichtigung des Hitzeschutzes bei Baumaßnahmen
 - ④ aktives Herantreten der Gesundheitsämter an die lokalen Pflegedienste zur Aufklärung der Bedarfe dort
 - ⑤ kleinräumige Erhebung von Daten über Hitzebelastungen und Hitzeschutz, um zielgerichtete Präventionsstrategien zu entwickeln und eine kleinräumige Versorgungsplanung zu erstellen, zumal Hitzewellen wieder die Menschen der ärmeren Stadtteile am schwersten treffen werden.
- Die bessere finanzielle Ausstattung der Stadtteilgesundheitskonferenzen damit hier die Ideen der lokalen Akteur:innen auch tatsächlich umgesetzt werden können.
- Die (kleinräumige) Erhebung und das Monitoring von gesundheitsrelevanten Daten (Lärm, Feinstaub, Schimmel, Wohnraumbedarf und -qualität, Naherholungs- und Freizeitmöglichkeiten etc.)

DIE LINKE setzt dem schlechten »Weiter-so« des rot-grünen Senats eine soziale, friedenspolitische und ökologische Alternativen entgegen.

In Bündnissen wie »Solidarisch aus der Krise«, dem Hamburger Bündnis gegen Rechts oder dem Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus, in Gewerkschaften, den Interessenvertretungen in Betrieb, Verwaltung, Schule und Hochschule sowie z.B. im Hamburger Bündnis gegen Militarismus und Krieg sind wir aktiver Teil sozialer Bewegungen.

Das breit getragene Engagement der Hamburger:innen in der Flüchtlingssolidarität, erfolgreiche Volksinitiativen, wie z.B. »Hamburg enteignet«, »Keine Profite mit Boden und Miete« oder gegen Rüstungsexporte über den Hamburger Hafen sowie die jüngsten Demonstrationen in Hamburg, wie z.B. die großen Klimastreiks von Fridays for Future gemeinsam mit den Gewerkschaften, »Solidarität und Aufklärung statt Verschwörungsideologien«, »Hände hoch für bezahlbares Wohnen«, »Solidarisch aus der Krise« oder das Hamburger Bündnis zum internationalen 8. März Streik zeigen:

Für viele unserer Vorschläge für eine soziale, ökologische und solidarische Stadtentwicklung gibt es deutliche Mehrheiten in Hamburg. Es kommt darauf an, links zu wählen! Es kommt gleichzeitig darauf an, selbst aktiv zu werden. Sich einzusetzen für ein Hamburg, das gute Lebensbedingungen nicht nur für die mit den großen Vermögen bietet. DIE LINKE wird auch weiterhin an der Seite derjenigen stehen, die sich gemeinsam für eine soziale, ökologische und solidarische Stadt einsetzen.

Für ein Hamburg für Alle!



Soziale Infrastruktur

Hamburg ist eine wachsende Stadt, und auch in Wandsbek leben heute etwa 15.000 Menschen mehr als noch 2018. Alte und neue Wandsbeker*innen benötigen wohnortnahe Angebote für Familien, Kinder und ältere Menschen. Aber auch dem großen Anteil an Einpersonenhaushalten muss Rechnung getragen und der soziale Austausch im öffentlichen Raum ermöglicht werden. Erhalt und Ausbau der sozialen Infrastruktur bleiben jedoch weit hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück.

Wofür wir uns einsetzen

- Im Bezirk muss auf Grundlage der Bevölkerungszahlen eine Bestandsaufnahme und Bedarfsplanung der sozialen Infrastruktur erfolgen.
- Die soziale Infrastruktur soll mit dem Ziel gestaltet werden, dass die Teilhabe am öffentlichen Leben wohnortnah für alle - z.B. auch durch die Bereitstellung nichtkommerzieller Räume - gefördert wird.
- Die Bezirke müssen Strukturen zum regelmäßigen Austausch unter Beteiligung der Bürger*innen und zur Koordination der sozialen Infrastruktur in den Stadtteilen schaffen.

Im letzten »Bürger*innenbrief« hatten wir beispielhaft auf das Bezirkswahlprogramm der Eimsbütteler LINKEN verwiesen, dieses Mal wählen wir den ersten Abschnitt aus dem **Wandsbeker Programm** (www.die-linke-wandsbek.de/fileadmin/bv_wandsbek/upload/LINKE_Wandsbek_Wahlprogramm_2024.pdf).

- In den Planungen soll im Sinne von Struktur- und Bevölkerungsveränderungen sowie Nachhaltigkeit über heutige Generationen hinausgedacht werden.



Kulturtipp

Wahrlich kein neuer Stern am Himmel, aber einer, der nur selten die breiten Massen erreicht, das ist die Kultureinrichtung Schwarze Nächte. Mit ambitionierten Veranstaltungen in größeren Abständen springt sie den Kulturbesiegerten jedenfalls ins Auge. Und die seien unseren Leser*innen nahegelegt.

Weltkrieg immer nur von der Vorderseite aus gesehen. Die brennenden Dörfer und Städte, die im Drahtverhau zappelnden Verwundeten, die geplünderten Heimstätten, die Leiden des Schützengrabens, die zerfetzten Leiber, die versklavten Männer, die entehrten Frauen sind aber nur eine Seite der angeblich gottgewollten Einrichtung des großen ›Weltenbran-



Nehmen wir die nächste Veranstaltung, Sebastian Dunkelbergs Lesung aus dem Werk ›Die letzten Tage der Menschheit‹ am Donnerstag, den 25. April, um 20.00 Uhr im ›Bey's‹ (Ottenser Hauptstraße 64). Entstanden ist das gigantische Antikriegsmonument zwischen 1915 und 1922 als ›Tragödie in 5 Akten mit Vorspiel und Epilog‹. ›Ausschneiden, was ist – das ist meine Devise‹, beschrieb der Verfasser Karl Kraus im April 1915 seine Arbeitstechnik. Auf fast 800 Seiten montierte er eine Collage, die er aus Zeitungsausschnitten, Gerichtsurteilen und Militärberichten zusammenstellte, ›als Panorama des Ersten Weltkriegs, als Pandämonium und Apokalypse zugleich. Daraus werden wir an diesem Abend einige Momentaufnahmen liefern – und Notizen dazu, wie aktuell Karl Kraus in diesen unseren Zeiten ist, in der die modernen ›Schlafwandler‹ schon wieder unverhohlen ›Kriegstüchtigkeit‹ propagieren‹, so der Veranstalter.

Zur Dramatik und Bedeutung des Stücks zitieren wir einfach mal den Friedensnobelpreisträger Alfred Fried: ›Bis zu den ›Letzten Tagen der Menschheit‹ hatte man den Ersten

des‹. An das Dahinter hatten die wenigsten gedacht. Bei Karl Kraus aber wird der Krieg in erschreckender Plastik zum erstenmal dreidimensional gezeigt. In den ›Letzten Tagen der Menschheit‹ wendet er unseren Blick auf die noch viel größeren Gräueltaten auf der Rückseite des Krieges. Das Stück lässt erstmals einen Einblick zu in jenes Getriebe, aus dem das Gift herausgewachsen ist, es zeigt, wie es belebend auf die Mikroben der Fäulnisregung einwirkte. Wie der aufgewirbelte Schlamm sich an der Sonne lieblich färbte, der Eiter in Gold erglänzte, der Kot sich als Edelstein ausgab, ›in den Tagen, da für Henker und Schieber das goldene Zeitalter anbrach. Man musste sich eingestehen: Wie falsch habe ich doch den Krieg bisher gesehen, meine bisherige Anschauung war ein Irrtum! Erst jetzt entdecken wir das Land, an dessen Küsten wir bislang nur herumirrten‹ (zitiert nach Wikipedia).

Der Eintritt beträgt 10,- Euro. Weitere Infos unter www.schwarzenaechte.de/veranstaltungen/die-letzten-tage-der-menschheit-sebastian-dunkelberg-liest. ♦

Mit diesem Bürger*innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger:innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg